

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 27. 39. Jg.

2. Juli 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Ronner, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schlicht: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz.]

Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer.

Im vergangenen Jahre ist eine Reihe von Büchern über Amerika veröffentlicht worden. Es fehlte aber bisher ein Buch über Amerika, das eine Analyse des „Wirtschaftswunders“ vom Standpunkt der Gewerkschaften zu bieten versuchte. Dieser Versuch einer Würdigung der amerikanischen Wirtschaft und ihrer sozialen Grundlagen konnte erst unternommen werden, als für eine Reihe deutscher Gewerkschaftsführer sich im Herbst des vergangenen Jahres die Gelegenheit bot, eine Reise von mehreren Monaten durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen. Die Eindrücke dieser Reise, vertieft durch die Bearbeitung des Materials, das ihnen dort von den amerikanischen Gewerkschaften, von wissenschaftlichen Instituten wie von Seiten einer Reihe von Unternehmern zur Verfügung gestellt wurde, haben jetzt in dem Buche „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“, das bei der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin, erschienen ist, eine umfassende Darstellung gefunden. Das Buch hat einen Umfang von 250 Seiten und kostet 4,25 Mk. broschiert.

Es versteht sich von selbst, daß in diesem vom Arbeiterstandpunkt geschriebenen Buch die Fragen der Arbeiterpolitik, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter das Zentrum der Untersuchung bilden. Aber diese Fragen können nur im Zusammenhang mit den geistigen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen der amerikanischen Wirtschaft erörtert werden, die ihre Eigenart ausmachen; sie können nur verstanden werden, wenn der in der Geschichte des Landes begründete Aufbau der Gesellschaft geschildert wird. Erst die Kenntnis dieser Grundlagen des amerikanischen Lebens ermöglicht es, den besonderen Charakter der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und der von ihnen geschaffenen Einrichtungen zu verstehen. In der Einleitung wird das Programm der Reise entwickelt und die Reise der Delegation bis nach Atlantic City geschildert, der Stadt, in der der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften tagte. In Atlantic City trennten sich die Delegierten, um sich dem Studium der industriellen Probleme zu widmen, die die Vertreter der verschiedenen Organisationen besonders interessierten. Ihre Reiseroute wurde bestimmt durch den Standort der Industrien, deren Verhältnisse sie eingehender untersuchen wollten.

Der Hauptteil des Buches gliedert sich in vier Kapitel. Den Anfang bildet die Darstellung der „Wirtschaft der Vereinigten Staaten“. In diesem Kapitel, das Kurt Heinig geschrieben hat, wird nach einer methodischen Erörterung der Voraussetzungen, unter denen ein Vergleich zwischen der deutschen und amerikanischen Wirtschaft möglich ist, unter steter Bezugnahme auf die deutschen Verhältnisse ein anschauliches Bild der psychologischen, technischen und organisatorischen Bedingungen der amerikanischen Produktion entworfen. Dabei zeigt sich, wie unsinnig es ist, ohne Berücksichtigung der zum Teil außerordentlich verschiedenen technischen Bedingungen, unter denen z. B. deutsche und amerikanische Maurer oder Erdarbeiter ihr Tagewerk verrichten, die Leistungen in bezug auf ihre Qualität miteinander zu vergleichen und voreilige Schlüsse über die mangelnde Arbeitsintensität der deutschen Arbeiter zu ziehen. Heinig zeigt an einer Reihe von Beispielen, daß „wo für Tempovergleiche der Arbeit in deutschen und amerikanischen Betrieben die gleiche Ausgangsbasis vorhanden ist“, ein Unterschied weder im Arbeitstempo noch im Leistungseffekt nachweisbar ist. „Der zweifelloso im allgemeinen höhere Leistungseffekt des amerikanischen Arbeiters ist nicht auf die höhere Arbeitsintensität, er ist vielmehr auf die Unterschiedlichkeit der Produktionsmethoden zurückzuführen.“ Charakteristisch für das amerikanische Wirtschaftsleben ist das in Amerika stärker als in Deutschland entwickelte Bestreben, die Arbeitsvorgänge zu zerlegen, die Maschinen zu automatisieren, vor allem aber den „Arbeiter auf seine Hauptfunktionen zu konzentrieren, ihm

Nebenarbeiten abzunehmen“. Entscheidend aber ist, daß in Amerika „der Arbeiter aus dem Mittelpunkt des Problems der Steigerung der Arbeitseffektes herausgerückt worden ist“. Den amerikanischen Unternehmern ist durch die Konkurrenz die Erkenntnis aufgedrängt worden, daß sehr viele Elemente den Leistungseffekt eines Betriebes bestimmen, daß der Betrieb in seiner Gesamtheit daraufhin durchforscht werden muß, ob die Bedingungen für den bestmöglichen Erfolg gegeben sind. Man versucht in Amerika, auf zwei Wegen dieses Ziel zu erreichen, durch „technische Weiterentwicklung wie durch organisatorische Durchdenkung der Betriebe“. Beide Wege führen in der gleichen Richtung: „Unkosten in der Produktion zu vermeiden“, allerdings nicht auf dem in Deutschland beliebten Wege, „möglichst viel Arbeit durch möglichst wenig Arbeiter verrichten zu lassen“.

Die amerikanische Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit für europäische Begriffe kaum überbietbar erscheint, wird in den Vereinigten Staaten selbst trotz der gekennzeichneten Bestrebungen sehr viel kritischer beurteilt als bei uns. Heinig geht ausführlich auf eine interessante Untersuchung ein, die von der Kommission „zur Beseitigung der Verschwendung in der Industrie“ nach dem Kriege angestellt wurde, eine Untersuchung, die an Hand eines umfangreichen Fragebogens feststellt, „in welchem Ausmaß an den ökonomischen Verlusten der Wirtschaft erstens die Betriebsleitung, zweitens die Arbeiter, drittens die äußeren Umstände die Schuld tragen“. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß die Hauptursache der außerordentlichen Verschwendung in einer Reihe von Industrien Unzulänglichkeit der Betriebsleitungen sei. Ein erstaunliches Ergebnis, das darauf hinzuweisen scheint, daß das „Wirtschaftswunder“, daß die Überlegenheit der amerikanischen Wirtschaft nicht allein technisch-organisatorisch zu erklären ist, sondern auch darin ihren Grund hat, daß in diesem jungen Lande im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung reichlich Kapital vorhanden ist. So unbestreitbar die größere Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft ist, muß doch offenbar ein Teil ihres Erfolges dem Umstand zugeschrieben werden, daß sie vergleichsweise unter viel günstigeren Bedingungen arbeitet als die europäische Wirtschaft. Um so gewichtiger wird die Forderung, die in den Schlußbetrachtungen des Buches erhoben wird, die Forderung nach dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas, der annähernd günstige Bedingungen für unseren Kontinent schaffen kann und soll.

Das zweite Kapitel „Aus dem sozialen Leben Amerikas“, das Franz J. Furtwängler zum Verfasser hat, ist vielleicht der Teil des Buches, der die deutschen Arbeiter am nächsten angeht. Wenn sie diese Seiten lesen, werden manche nicht ohne Sehnsucht an dieses Land denken, in dem vorläufig das proletarische Schicksal nicht wie ein cherner Ring die Arbeiterschaft umschließt.

Eine solche gleichförmige Arbeiterklasse, wie sie in den Industrieländern Europas existiert, hat Amerika nicht. Der Verfasser entwickelt die Gründe hierfür, indem er die Gestaltung der sozialen Schichten und besonders auch das starke Ineinanderfließen dieser Schichten aus den historischen, geographischen und wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten der Vereinigten Staaten zu erklären sucht. Namentlich widmet das soziale Kapitel des Buches der Rolle der 11 Millionen Neger und der noch größeren Zahl der beruflich unqualifizierten Einwanderer aus den östlichen und südlichen Agrarländern Europas starke Beachtung und schildert die Lage dieser sozialen Unterschicht, der eine Oberschicht von eingewanderten qualifizierten Arbeiterelementen, meist englisch-deutscher Herkunft, gegenübersteht, welche bei dem günstigen Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und den wirtschaftlichen Reichtümern und Hilfsquellen des Landes nicht nur eine verhältnismäßig hohe Entlohnung, sondern vor allem auch zahlreiche Möglichkeiten des Aufstieges in höhere Gesellschaftsschichten heute noch haben, nicht zuletzt, weil diesem Arbeiterelement fast alle Bildungs-

einrichtungen offenstehen. Die Wirkung dieses häufigen sozialen Stellungswechsels auf die staatsbürgerliche Gesinnung der eingewanderten Arbeiter und auf das Verhältnis zwischen Untergebenen und Vorgesetzten im Arbeitsverhältnis werden eingehend untersucht.

Ein besonderer Abschnitt des Kapitels erörtert den sozialen Aufstieg der Frau; eine kleine Sonderbetrachtung beschäftigt sich mit dem Alkoholverbot.

An die allgemeinen Betrachtungen schließt sich eine ausgiebige Darstellung spezieller Arbeiterfragen. Wir erfahren von den sozialen Einrichtungen des Landes, dem Lehrlingswesen, der Akkordarbeit, dem vielgerühmten „amerikanischen Arbeitstempo“ und anderem mehr.

Sehr eingehend und mit viel Material belegt werden ferner die Löhne, Preise und Reallohne Amerikas besprochen und die viel diskutierte, sozial sehr wichtige „innere Kaufkraft des Dollars“ erfährt eine interessante Beleuchtung durch den mit eigenen Erfahrungen bekräftigten Nachweis, daß die Kaufkraft des amerikanischen Geldes (zum Unterschied vom unsrigen) im Inlande gegenüber den Artikeln des einfachsten Lebensbedarfs viel größer ist als gegenüber höheren Kulturansprüchen, wovon sich bei der Beurteilung der verschiedenen Lohnhöhen beachtliche Folgerungen ergeben.

Die Gesamtdarstellung des Kapitels bietet ein klares Bild von den sozialen Verhältnissen der Vereinigten Staaten und insbesondere von der Lage der Arbeiterschaft. In einem allgemeinen Ausblick wird gezeigt, wie allmählich ein Wandel in der sozialen Struktur des Landes Platz greift, der in der Zukunft noch gefördert wird durch das in diesem Teil des Buches ebenfalls behandelte Einwanderungsverbot.

Die Darstellung der amerikanischen Wirtschaft und ihrer sozialen Grundlagen kennzeichnet die Eigenart der Welt, in der die amerikanischen Gewerkschaften sich entwickelt haben und aus der der besondere Charakter der amerikanischen Gewerkschaften verständlich wird. Ihre Grundsätze, ihre Geschichte, ihr organisatorischer Aufbau und die besonderen Probleme, die den Gewerkschaften jenseits des großen Wassers gestellt sind, werden von Fritz Tarnow im dritten Kapitel knapp und klar auseinandergesetzt. Es geht nicht an, wie es so vielfach geschieht, die amerikanischen Gewerkschaften mit europäischem Maßstab zu messen. Gewiß, sie haben — von einigen Führern abgesehen — eine andere Ideologie als die europäischen Gewerkschaften. Zwar erkennen auch sie den „natürlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit“ in der kapitalistischen Wirtschaft, aber sie ziehen aus dieser Einsicht nicht die Folgerung, „daß nun zur Überwindung dieses Kampfes eine Änderung der Wirtschaftsordnung angestrebt werden muß“. Es fehlen die „psychologischen Voraussetzungen“, die „gesellschaftliche Achtung der Handarbeit“, die in Europa dazu führten, daß die Gewerkschaften aus der Erkenntnis der ökonomischen Triebkräfte die nach ihrer Überzeugung unvermeidlichen Folgerungen zogen. Es fehlten — vielleicht nur vorläufig — die unüberwindlichen Schranken, die dem Emporstieg einzelner aus der Arbeiterklasse gezogen sind. Kein Wunder, daß von einer Klassen-solidarität in europäischen Sinn daher auch nicht gesprochen werden kann.

Auch die gesamtgewerkschaftliche Solidarität, die ja auch in europäischen Ländern noch nicht in dem erwünschten Maße besteht, ist in Amerika viel weniger ausgebildet. Das Solidaritätsgefühl beschränkt sich vor allem auf den Beruf. Aber die Führer wissen, daß die „auffallende Gleichgültigkeit gegenüber der Gesamtbewegung eine ernsthafte Gefahr auch für diejenigen ist, die heute noch glauben, genügend geschützt zu sein, wenn nur die eigene Gewerkschaft stark ist“. Der amerikanische Gewerkschaftsbund ist sich bewußt, daß er auf diesem Gebiet wie in der Organisation der bisher noch kaum erfaßten Gruppen der Ungelernten und Angestellten noch eine für den Erfolg der Gesamtbewegung auf die Dauer entscheidende Aufgabe zu lösen hat.

Das Kapitel umfaßt noch eine Reihe sehr aufschlußreicher Abschnitte über Einzelfragen, auf die in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann.

Das vierte und letzte Kapitel bringt eine Darstellung der seit 1920 geschaffenen Arbeiterbanken aus der Feder des Direktors der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Bern Meyer. Der erstaunliche Aufstieg der amerikanischen Arbeiterbanken ist dadurch charakterisiert, daß sie selbst schon über ein Kapital von 100 Millionen Dollar verfügen und außerdem zwei größere Privatbanken kontrollieren, „die gleichfalls über mehr als 90 Millionen Dollar verfügen.“ Im Gegensatz zu den europäischen Ländern (Dänemark, Österreich, Deutschland), in denen je eine Arbeiterbank ins Leben gerufen wurde, sind in den Vereinigten Staaten aus verschiedenen Gründen etwa 30 Arbeiterbanken gegründet worden. Im einzelnen wird ausgeführt, in welcher Weise sich die Tätigkeit der amerikanischen Arbeiterbanken von den europäischen unterscheiden, in welchen Punkten Übereinstimmung besteht. Mit Recht hebt Meyer hervor: „Das Wesentliche ist, daß die Vertreter der Arbeiterbewegung die Verfügungsgewalt über ihre eigenen Mittel bekommen. Ob und wie sie diese Verfügungsgewalt einmal anwenden, ist abhängig von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Amerikas.“

Die Schlußbetrachtungen fassen das Ergebnis des Buches noch einmal in wirkungsvoller Weise zusammen. „So erstaunlich für uns die technischen und arbeitsorganisatorischen Leistungen Amerikas sind, das eigentliche „Wirtschaftswunder“ ist doch mehr darin zu suchen, daß die schnell wachsende Güterproduktion vom Konsum verdaut werden kann.“ Das ist nicht zuletzt dadurch möglich, daß in Amerika sich in weitem Umfang — auch bei den Unternehmern — die Erkenntnis durchgesetzt hat, „daß von der Lohnhöhe die Blüte der Wirtschaft abhängt.“

Das kommende Zeitalter der . . . ! . . . ?

Wie man aus der geschichtlichen Erfahrung weiß, ist sich eine Zeit nie recht darüber klar, ob sie im Zeichen des Aufstiegs oder Niedergangs steht, ob der enthusiastische Führer, der alles mit höherem idealem Glanze verklärt oder ob der bittere und unbedingte Kritiker und Schwarzseher recht hat. Den wahren Charakter einer Zeit objektiv zu bezeichnen, ist nur erlesenen Geistern eigen. Diese werden aber für gewöhnlich von den Zeitgenossen verkannt. Aufstieg und Verfall von Kulturen, Völkern und Klassen, Volksbewegungen und Standeserhebungen sind allemal durch die materielle wirtschaftliche Lage oder Mißlage sowie der psychologischen Verfassung der Menschen bedingt und unterliegen den organischen Gesetzen von Wachstum und Zerfall. Augenblickliche Stimmungen werden durch diese Gesetze nicht beherrscht; sie sind in kleinerem Maße künstlich zu erzeugen, so daß beispielsweise schwächliche Haltung wieder einige Zeit in erzwungenes Kraftbewußtsein umschlägt, umgekehrt kann hoffnungsvolle Stimmung durch entsprechende Machinationen heruntergedrückt werden.

In einer Zeit wie der unsrigen, wo so viel Verfallerscheinungen zutage treten, wie andererseits starke Impulse neues Leben verkünden, ist ein bestimmtes Zeitalter fast unmöglich. Alles erscheint im tollwütigen Kreislauf; während die eine Entwicklungskette fortlaufend scheint, kann die andere Reihe unvermittelt abbrechen. Erst wenn die Zeit und das Geschehen Geschichte geworden ist, erkennen wir meist ihr bestimmtes charakteristisches Merkmal. Wir sprechen dann von dem Zeitalter des ägyptischen Pharaonentums, von einem Zeitalter des römischen Imperiums mit seinem Cäsarismus, einem Napoleonismus usw., also Systemen, wo der große Einzelne das Ganze der Welt bestimmen konnte oder wollte. Diese Zeitalter sind unwiederbringlich dahin. Wir können vielmehr eine Entwicklung verfolgen, die mit immer kürzeren Unterbrechungen die Masse, das Volk als Machtfaktor ansteigen läßt. Diese Tendenz, namentlich der neueren Geschichte, die ansteigende Zahl zu werten, können wir, hauptsächlich in der letzten Zeit, das Zeitalter der Masse bezeichnen. Der Masse in Volksorganisationsform als Macht steht aber heute eine andere Masse, die Kapitalmacht, gegenüber, und so sprechen wir von einem kapitalistischen Zeitalter. Das Individuum ist ausgeschaltet. Teilen sich in die Kapitalmacht wenige Hundert, so in die Massenmacht Hundertmillionen.

Marx, wie alle Klassiker des Sozialismus, besonders auch Bebel, haben die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen als viel zu früh angenommen; infolgedessen konnten sie auch die inzwischen eingetretenen Gegenwirkungen, nämlich die errungenen Macht- und Kulturanteile des Proletariats nicht voraussetzen. Diese sind jedoch im Gegensatz zu früheren Zeiten nicht zu leugnen, wenn sie auch heute noch klein sind. Es gibt also ein Zeitalter der proletarischen Aufklärung, wie es ein bürgerliches gab.

Wir sehen überall die tiefe Kluft jener beiden Mächte, ihren harten gegenseitigen Kampf in Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Welt und sprechen von einem Klassenkampfzeitalter. Und nun ist die große Frage: Kann die Massenmacht des Volkes angesichts der verwirrenden und zerfahrenen äußeren Verhältnisse die Kraft aufbringen, die augenblicklich am Ruder stehende Macht des Kapitals abzulösen; ja nicht nur das, sondern eine ganz neue Formung im Wertvoleren im Glück und Frieden der Menschen verankerte, aus den Trümmern erstehen lassen, weisagten, um — jetzt für die Zukunft — von einem kommenden Zeitalter des Sozialismus zu reden?

Da sind nun beide sozialistischen Parteien leicht geneigt, für ihre Richtung äußerst günstige Aussichten vorauszusetzen, um Staat und Welt als den Ausdruck ihrer Massenmacht in die Geschichte der Menschheit hinzustellen. Also kommendes sozialistisches oder kommunistisches Zeitalter? Wer sich die fundamentale Bedeutung einer solchen Umgestaltung aber klar macht, fühlt die Unermeßlichkeit der Aufgabe, die in den Willen und das Wollen der Massenmacht zugleich die Fähigkeit und geistige Kraft legt, das künftige Sein der Menschen mit lebendig gestaltendem Inhalt zu füllen. Es sei in unserem Gewerkschaftskreis jedem selbst überlassen, wieviel er oder sein Enkel von der höheren Sphäre dieses rein sozialistischen Ideals in der Welt der Realität glaubt einst verkörpert zu finden. Nun sind aber überdies die Machtverhältnisse gar nicht so einfach marx-systematisch gelagert. Einmal ist die Macht des Kapitals und des Besitzes (wozu auch heute noch Teile des Mittelstandes gehören, soweit ihre aus Erbschaft und Ersparnissen hervorgegangenen Gelder in Unternehmungen investiert sind) lebensorganisch auf das Verschiedenste eingegliedert und tausendfach gestuft; und auch die Massenmacht ist in unzählige Bedingungen und Teilmächte geteilt. Außerdem existieren noch eine Menge anderer Mächte, die ihren Anteil an der heutigen Lebensgestaltung haben: Religionsmacht, Sittenmacht, Staatsmacht bzw. Mächtegemisch.

Wenn wir nun alles Erreichte und selbst das in nächster Zeit noch Erreichbare als bisherigen Maßstab zu dem noch so entfernten Ziel in Rechnung stellen, so wären dies, alles in allem, nur kleinste Ansätze zur Verwirklichung jenes Ideals, das vielen so lebendig ist, daß sie es in nächster Nähe zu greifen wännen. Vielleicht gerade deshalb, weil diese Möglichkeit viele so begeistert, gibt es auf der andern Seite — die auf diese Hoffnungen zu unvermittelt den Kontakt der Wirklichkeit einschalteten — so viel Enttäuschungen und Skepsis. Daran ist freilich das Ideal nicht schuld, schuld ist die menschlich verschiedene Einstellung hierzu. In einer Zeit, wie der gegenwärtigen, wo alles in unwühlernder Umformung gärt und brodelnd, ist es leicht möglich, daß der eine ruft, es gehe aufwärts, während der andere, der sonst der gleichen Weltanschauung huldigt, jammert, es gehe abwärts. Ein zu hoher Idealismus (der leicht in Illusionismus oder Ideologie umschlägt) ergibt auf der andern Seite sein Gegenteil, den Pessimismus, oft bei denselben Leuten. Das Gesetz der dialektischen Entwicklung scheint sich auch hier im Psychologischen zu bewahrheiten. So zeigt sich, auch gedankliche Einseitigkeit befriedigt den Menschen nicht auf die Dauer. Idealismus in Form von Schwarmgeister wirkt blind vertrauensig; wenn dann die Hoffnungen nicht eintreffen, erfolgt Schwarzseherei, diese ist tödend.

Mangelnder Überblick, mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge sind die Ursache dieser beiden falschen Betrachtungsweisen. Suchen wir daher von einer möglichst objektiven Einstellungsmitte aus unser mit einiger Berechtigung wegen seiner Konfusität und chartischen Verhältnissen so geheißenen Zeitalter zu beurteilen. Dies wundert nicht, denn über dem Gefechtsfeld von gigantischer Ausdehnung und Spannweite schwebt noch ein Riesenkäuel von Komplikationen, Unbestimmtheiten oder Zufälligkeiten, die uns die Mächteentwicklung oder Kräfteverteilung nicht überschaubar, noch weniger entwirren läßt. Noch werden die Figuren dieses riesenhaften Brettspiels scheinbar planlos hin- und hergeschoben, gegeneinandergestellt; das Spiel scheint für Augenblicke klar und übersichtlich, dann wieder um so verworrener. Prophetisch veranlagte Gemüter glauben bestimmtes voraussagen zu können, der oder jener Partei den Sieg zu gewährleisten. Kein System oder Programm, kein Glaube, auch keine wohlbegründete Annahme und Meinung wird jedoch siegen, sondern die Entwicklung. In welcher Form wissen wir nicht. Das Auswägen der Parteien- und Gruppenmachtansprüche wird vielleicht dann bis auf den letzten Zoll an Hand der Generalstabskarten durchgeführt und zahlenmäßig festgelegt. Es stellt zu jeder Zeit genau das Ergebnis der stillen oder geräuschvollen, blutigen oder unblutigen Kampfhandlungen dar. Und so könnte man etwa an das kommende Zeitalter des gerechten Machtausgleiches glauben.

Da aber das Kampfergebnis, die Gebietszuteilung an die Parteien diese benachteiligt, d. h. es jeder zu wenig erscheinen muß, das Mächteverhältnis sich auch ständig ändert, wird der Kampf bald wieder von neuem beginnen. Die Strategie verlangt dann neue Kampfmethoden, umorganisierte Kampftruppen. Auf unserer Seite etwa Zusammenlegung der verschiedenen Parteien-, Wirtschafts- und Sozialgruppen unter einem Oberbefehl, neue Kampfmethoden unter höherem Plan den Formationen beigegeben, um die Schlagkraft zu erhöhen. Auch neue Gebiete des Gegners werden unter verstärkter Feuer genommen, wie heute die Wirtschaft. — Wie maßgebend und erfolgversprechend erschienen uns am Anfang der Bewegung und während des alten Regimes die weitreichende große Kanone Politik und der riesenhafte Machthebel Parlament. Beide Kampfmethoden scheinen ausgeleiert. (Die Kanone schießt viele Blindgänger und der Machthebel hebt die Blind auf). Wie fein und instinktiver wußten die gegnerischen Befehls- und Machthaber ihr Fähnlein umzustellen, wenn es auf einem Gebiet brenzlich wurde. Nun wollen wir aber die von ihnen bisher so sicher gehaltene Wirtschaftsfeste berechnen und — nicht zu vergessen — das politische Gebäude ständig unter Feuer halten.

Wenden wir nun unsere bisherige weit-sichtige Betrachtung aufs Organisatorische, aufs Gewerkschaftliche, so kann dies in der Feststellung gipfeln, daß das Gewerkschaftliche seinem Ziel näher steht als das Politische; daß die Zurücksetzung und Außerachtlassung, die es von Seiten seines natürlichen Gegners erfahren hat, natürlicherweise und notgedrungen gewichen ist. Die beiden stehen sich heute — wenigstens in den fortgeschrittensten Verbänden, worunter der unsere figuriert — als gleichwertige Machtfaktoren gegenüber, was gemeinsame Abmachungen betrifft. Das ist immerhin etwas, wenn man es gegen den früheren Zustand vergleicht. Das ist auch noch etwas, wenn man all dem, wegen seiner Unzulänglichkeit, die in der Natur des gegenwärtigen politischen Systems liegt, mit skeptischer Miene gegenübersteht. Dieser eingeschränkten Anerkennung kann sich auch der schwärzeste Pessimist nicht verschließen, da es das relativ Beste und Erreichbare darstellt und bei steter weiterer Festigung unserer Position auch künftighin Erfolge verspricht.

Scheint nun unter diesem Zeichen das Zeitalter der Gewerkschaften anzubrechen? Gemach, unsere „Siege“ dürfen uns nicht zu Kopf steigen! Der Artikel in Nr. 21 ist auch nicht so zu verstehen, als ob nun die Gewerkschaften die künftige Weltgeschichte dirigierten; vielmehr: daß das Zeitalter jedweder Organisation bevorsteht, bereits da ist. So wird der verständnisvolle Leser jenes Artikels sogar weiterhin annehmend befragen: Weil die Vormacht Kapital mit ihren verschiedensten Unterstufen auf allen Fronten vor-, nach- und zwischengerüstet und organisiert, ergo hat ihre Widerfront, das werktätige Volk, die unerläßliche Pflicht, gegenzurüsten, auch ihren Kampfpartner mit gleichen Waffen aufzuwarten. Desgleichen hätte man zu folgern: daß internationale Arbeitsamt und viele andere internationale Konferenzen tagen, nicht in letzter Linie als Gegengewicht der vielen national-antisozialen und anti-internationalen Veranstaltungen und Kongresse, daran öffentliche Kundgebungen oder Konventikelbeschlüsse (gefaßt hinter verschlossenen Türen von kleinen, aber maßgebenden Kreisen) von nicht weniger Bedeutung sind, als jene Bekundungen über den Welt-Achtstundentag u. a. Durch Gegenüberstellungen wird keinesfalls der ersteren Bedeutung herabgemindert, aber der Leser gewinnt dadurch mehr Zusammenhang und Einsicht in das Zwingende der Notwendigkeiten, in die Machtauslösungen der vielen zerstreuten Kräfteverhältnisse. Aus solcher Erkenntnis aber werden die Impulse eines machtvolleren Weiterstrebens geschöpft, als durch Hoffnungsverweckung in absehbarer Zeit sich erfüllender Glückszustände, wie es oftmals auch in Artikeln in unserm Blatt mitunterläuft.

Im großen Gesichtsfeld sieht das Errungene der Teilgebiete kleiner aus und so müßten hier die letzten und entscheidenden Fragen ganz anders gestellt, bzw. anders beantwortet werden. Der Wert und die Gültigkeit großer historischer Ideen und Gedanken ist nur im Großen zu messen, kann also kaum im Zeitalter nach einem Teilgebiet benannt werden. Es steht fest, durch rational-praktische Leistungen und Kleinarbeit allein vermögen große Aufgaben der Zukunft nicht erfüllt zu werden. Dazu braucht es der Mitarbeit des gesamten historisch-politischen Idealismus, der die Wirklichkeit antreibt und den Fortschritt vermittelt und der heute in einer großen Masse des Volkes lebendig ist. Man könnte mir vorwerfen, ich erhebe jenen Idealismus gegenüber des öfteren den Vorwurf der Ideologie. Unter Ideologie versteht man aber das Bestreben oder die bloße Sprachweise: ein Ideal (restlos) auf rational-praktischem Wege in die Wirklichkeit umzusetzen wollen; etwa: „ein hehres Ziel gesetzlich verankern“. Wie-

derum: so harmlos und unverfänglich und im Zusammenhang richtig ein solcher Satz (in dem angeschnittenen Aufsatz) stehen mag: er ist nur ein Beispiel dafür, wie das Unmögliche jener sprachlichen Wendungen klar zutage tritt. Denn ein hehres Ziel (also Ideal) darf und kann nur geistiger Ansporn sein (hehr: geistig vor-schwebend). Zum Verständnis dieses braucht es keine abgeklärte Philosophie, es genügt schon das instinktive Gefühl gegenüber dem Begriff Ideal als etwas Unerreichbarem. Also Hände davon! Ein Ideal oder hehres Ziel ist für Gemüt und Seele, nicht für den Magen; es dient zur wahren Erholung, echten Begeisterung, seelischer Hingabe und idealem Streben. Als solches bleibt es uns immer leuchtend voran, auf daß wir auch in der Kleinarbeit nicht versauern. In anderer Anwendung macht es die Leute konfus, überanspruchsvoll und verärgert. Der Welt-Achtstundentag war einmal ein hohes Ziel, er ist heute realisierbar, praktisch berechtigt und deshalb eine unter allen Umständen und unter Kampf durchzusetzende Forderung, die lebenswahre Verwirklichung einer Notwendigkeit. Mag sein, daß er Sklaven und Leib-eigenen im grauen Altertum als hehres Ziel und Ideal vorgeschwebt hat, inzwischen aber hat es Fiße bekommen und ist leibhaftig.

So liegt der Sozialismus gewissermaßen zwischen Ideal und Wirklichkeit. Er ist das in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liegende umfassende große Menschheitssehnen nach Wohl-being, Glück und Frieden, das im wissen-schaftlichen Zeitalter von Karl Marx (für das Proletariat) in ein großartiges Gedankensystem gebracht worden ist. Sozialismus schließt heute in sich: Leben (praktische Forderung) Geist (Ideen) und Glauben (Ideal). Das Zusammen-wirken dieser Elemente wäre nun schon eher dazu angetan, ein Zeitalter zu bestimmen. Ein Zeitalter bestimmen setzt mehr voraus, als es aus den Aufgaben und Funktionen der Ge-werkschaften erfüllen zu können, da diese nur einem Teilzweck der Zeit genügen. Es gibt neben diesem Teilgebiet noch andere, die Zeit beherrschende Wirksamkeiten. Um ihnen nicht ein Zeitalter des Halb- oder Scheindaseins zu beschreiben, muß neben der Kleinarbeit der Ge-werkschaften, die das Mosaik unseres realen Daseins mit zusammenfügt, ein politischer Plan hergehen, muß beiden das dritte Element zur Rundung und Vollendung des Kolossalgemäldes den gewaltig idealen Schwung verleihen, um auf der proletarischen Menschheit künftiges Weg-ziel hinzuweisen. Neben dem kommenden Zei-talter der Gewerkschaften muß also dieses — im vereinten Gesamtinteresse der Bewegung — auch zur großpolitischen Organisationsverbände auf-geboten werden, wie sehr auch die sonder-organisatorischen und parteibeharrenden Lebens-mächte — dieses Zeitalter erkennend — die Zeit altern lassen. Adolf Blum.

„Die Tragödie der russischen Gewerkschaften“

Uter dieser Überschrift brachte die „Graphische Presse“ in ihrer Nr. 14 die ins Deutsche übertragene Wiedergabe eines in der ausländischen Presse erschienenen Artikels von K. Jugow. Die Redaktion der „Graphischen Presse“ setzte dem Artikel die Bemerkung voraus, daß sie ihn „wegen seiner bemerkenswerten Beurteilung der heutigen russischen Gewerkschaftsbewegung“ bringe. In Wirklichkeit ist der Artikel aber nur ein Zeugnis dafür, daß K. Jugow, und mit ihm viele westeuropäischen Gewerkschafter, der Ent-wicklung der Verhältnisse in der Sowjet-Union völlig verständnislos gegenüberstehen. Aus die-sem Grunde sei es mir gestattet, an Hand des-selben Materials, das Jugow vielleicht nur aus-zugsweise zur Verfügung stand, darzulegen, daß die Entwicklung der Dinge in Rußland ganz anders eingeschätzt werden muß, als sie Jugow beurteilt.

K. Jugow versucht mit den Reden des Vor-sitzenden des Russischen Gewerkschaftsbundes, Tomski, auf dem 14. Parteitag der Kommunisti-schen Partei Rußlands zu beweisen, daß sich die Prinzipien, mit denen die russischen Gewerk-schaften seit 1918 geführt wurden, nicht auf-recht erhalten lassen, und daß ihre Revidierung im Sinne der von ihm seit Jahren vertretenen Ideen jetzt durch die Kommunisten erfolge.

Der Artikel behandelt ferner die Lebenslage der russischen Industriearbeiter und deren Ver-hältnis zu den Wirtschaftsorganen des Staates und zu den Gewerkschaften. Die Schlußfol-gerungen sind: . . . Die Diktatur des Proletariats hat die Lebenslage der Arbeiter nicht gebessert. Eine neue Schicht Ausbeuter ist in Gestalt der Wirtschaftler an die Stelle der früheren Kapitali-sten getreten. Infolgedessen hat sich, abge-sehen von einigen nebensächlichen sozialen Vor-teilen, in dem Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Wirtschaftsleitern nichts geändert. In-folgedessen erkennen die russischen Gewerk-schaften jetzt die Notwendigkeit an, für die Besserung der Lebenslage der Arbeiter zu kämp-fen, aber sie können diese Erkenntnis nur in die

Praxis umsetzen, wenn sie sich gegen die Kom-munistische Partei, die Trägerin der proletari-schen Diktatur und ihre Organe wendet. Da aber die Führung der Gewerkschaften zum gro-ßen Teil aus Kommunisten besteht, besteht nach Jugow keine Aussicht, daß die russischen Ge-werkschaften sich zu Kampforganen entwickeln. Sie werden deshalb voraussichtlich zugleich mit der Diktatur des Proletariats untergehen.

Trotzdem sich die Gedanken Jugows in nichts von denen aller im Auslande lebenden Gegnern der Bolschewiki unterscheiden, sind es drei Gründe, die mich veranlassen, näher auf sie ein-zugehen. Die Gründe sind die Notwendigkeit, den Arbeitern der westlichen kapitalistischen Staaten zu zeigen:

Erstens: Welches Verhältnis zwischen den Arbeiterklassen und den Gewerkschaften zu den Wirtschaftsorganen des proletarischen Staates nach Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern sich herausbildet.

Zweitens: Welche Rolle die Gewerkschaften im Verlaufe des Kampfes der proletarischen Klasse zur Eroberung und Festigung der politi-schen und wirtschaftlichen Macht spielen.

Drittens: Daß der siegreiche Kampf der pro-letarischen Klasse und der Sturz der bürgerli-chen Gesellschaft nur die erste Etappe auf dem Wege zum Sozialismus bedeutet, daß der Niederwerfung der bürgerlichen Klasse folgende Kampf auf der Wirtschaftsfront, die Umgestal-tung der übernommenen zerrütteten kapitalisti-schen Wirtschaft zur sozialistischen, ein Pro-zeß ist, der von der herrschenden proletarischen Klasse Opfer erfordert, der aber nach der Über-windung der als Unkosten der proletarischen Re-volution zu bezeichnenden Zerstörungen im Pro-duktions- und Verkehrsapparat von Jahr zu Jahr leichter wird und von diesem Zeitpunkte ab mit einer ständigen Verbesserung der Lebenslage der herrschenden Arbeiter- und Bauernklasse verbunden ist.

Jugow schreibt:

„Als die russische Sozialdemokratie den Kampf gegen die Unterjochung der Gewerk-schaften durch die Kommunisten einleitete, waren ihre wichtigsten Forderungen: Unabhän-gigkeit der Gewerkschaften von der Regie-rung (Sowjetregierung), Selbstverwaltung und Demokratie im gesamten Aufbau der Gewerk-schaften. Dieser Kampf währte von 1918 bis 1921 . . .“

„Jetzt plötzlich entdecken dieselben Leute: Tomski, Andrejew, Melnitschansky, Glebow u. a., die die Freiheit der russischen Gewerk-schaften erdrosselten, daß die wichtigste Auf-gabe des Tages die Umgestaltung der Gewerk-schaften auf der Basis der Unabhängigkeit, der Selbstverwaltung und Demokratie sei.“

In den Jahren 1918 bis 1921 führte die russi-sche Arbeiter- und Bauernklasse unter Führung der Kommunistischen Partei und den Gewerk-schaften, den schärfsten Kampf gegen die Weiß-gardisten und gegen die imperialistischen Feinde der Sowjetunion mit allen ihren Verbündeten, um die Macht der Arbeiterklasse zu sichern. Den kapitalistischen Herrschaftsapparat in Staat und Wirtschaft mußte das Proletariat zerschlagen, um damit der gestürzten bürgerlichen Klasse die Basis für ihre konterrevolutionären Ziele zu neh-men. Die Sowjets verwalteten das Land, führten die Rote Armee, leiteten die gesamte Wirtschaft. Ein festes proletarisches Staatsgebilde und ein proletarischer Wirtschaftsapparat mußte sich im Verlaufe der Zeit erst herausbilden.

In dieser Übergangsperiode, in der der Bür-gerkrieg die straffeste Zentralisierung auf allen Gebieten erforderte, mußten die Gewerkschaften, die an der Nationalisierung der Industrie und an der Herausbildung der neuen Staats- und Wirt-schaftsorgane den größten Anteil hatten, in weit-gehendstem Maßstabe die wirtschaftlichen Auf-gaben selbst lösen, da die Organe des pro-letarischen Staates noch zu wenig entwickelt waren, um genügend aktionsfähig zu sein.

Allein unter Berücksichtigung dieser Tat-sachen war ein weitgehendstes Bestimmungsrecht der Gewerkschaftsleitungen und deren engstes Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Par-tei notwendig.

Aber der Kampf der russischen Menschewiki für Demokratie in den Gewerkschaften war zur damaligen Zeit auch aus folgenden Gründen ein konterrevolutionärer Akt. Bis zum Jahre 1921 ging die Industrie Sowjetrußlands ständig zu-rück. Die Produktion betrug in vielen Fällen nur noch 10 oder 5 Proz. der Friedensproduk-tion. Die Industriearbeiter wanderten zurück auf das Land. Trotzdem verdoppelte sich aber die Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Im Jahre 1920-21 stieg die Mitgliederzahl von 4 227 000 auf 8 453 000. Die Ursache dafür war, daß zahlreiche Angehörige der bürgerlichen Klasse, die der Revolution feindlich gegenüber standen, Lohnarbeit annahmen und sich den Gewerkschaften anschlossen, um in den Genuß der Ver-günstigungen für Arbeiter und Angestellte bei der Nahrungsmittelverteilung zu gelangen. Die Durchführung der sogenannten Demokratie Ju-gows und seiner Freunde hätte zu dieser Zeit

nichts anderes bedeutet, als die Überleitung der Führung der Gewerkschaften in die Hände kon-terrevolutionärer bürgerlicher Elemente, und damit die Gefährdung der Herrschaft der Arbeit-er- und Bauernklasse.

Seit 1921 haben sich die Verhältnisse in der Sowjetunion grundlegend geändert. Die Macht der Arbeiter und Bauern ist gefestigt, die Kon-terrevolution niedergeschlagen. Die Industrie und der Verkehr entwickelt sich nach der Belegung der Agrarwirtschaft mit außerordentlicher Schnel-lichkeit. Der Apparat zur Leitung der Industrie des proletarischen Staates, die 89 Proz. der ge-samten Industrie umfaßt, ist ausgebaut und ge-festigt. Immer breitere Massen der Arbeiter-schaft werden durch systematische Schulungs-arbeit von der marxistischen Ideologie erfaßt und nehmen aktiven Anteil am politischen Leben und am Aufbau der Sowjetwirtschaft. Der Teil des Proletariats, der sich seiner Rolle als herr-schende Klasse bewußt wird, dehnt sich aus. Die Zahl der Feinde der Diktatur vermindert sich, womit die Diktatur dem einzelnen selbst weni-ger zum Bewußtsein kommt.

Für die Gewerkschaften treten im Verlaufe dieser Entwicklung andere Aufgaben in den Vor-dergrund, die im jetzigen Stadium noch sehr kompliziert sind, die sich aber von Jahr zu Jahr mit dem fortschreitenden Aufbau der Industrie und dem damit verbundenen steigenden Wohl-stande der russischen Arbeiter und Bauern ver-einfachen. Die Aufgaben sind in erster Linie: Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitermassen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Produktions- und der Arbeits-intensität. Die Schulung der breiten Massen von Arbeitern, die neu in die Industrie einbezogen werden. Herbeiführung eines richtigen Verhält-nisses zwischen dem Interesse des einzelnen Ar-beiters und dem Allgemeininteresse der Arbeiter und Bauern, wobei das Klasseninteresse jedoch stets im Vordergrund steht.

Eine richtige Lösung dieser Aufgaben ist nur möglich dadurch, daß immer breitere Massen in ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen Gewerkschaftsleitung und Mitgliedschaft ge-bracht werden. Ein solches Verhältnis kann sich nur dauernd festigen bei Anwendung der brei-testen Demokratie in den Verbänden. Im Gegen-satz zu den Jahren 1918-21 bedeutet die welt-gehendste Demokratie im Verbands jetzt bei der veränderten sozialen Zusammenstellung der Mit-gliedschaft der Gewerkschaften, bei der stei-genden Entwicklung der Industrie und der all-gemeinen Festigung der Macht der Arbeiter und Bauern, eine weitere Stärkung und Festigung dieser Macht, denn sie steigert die Aktivität der Arbeitermassen zur Beteiligung am politischen und wirtschaftlichen Leben der Sowjetunion.

Nun zur Frage des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Wirtschaftler und zwischen letz-teren und den Gewerkschaften. Dabei ist not-wendig, vorerst ein Wort zur sozialen Struktur der russischen Staatsindustrie zu sagen. Die Verhältnisse in der russischen Staatsindustrie un-terscheiden sich von denen in den kapitalisti-schen Industrien Westeuropas dadurch, daß nicht zwei sich feindlich gegenüberstehende Klassen in den Betrieben stehen: der Kapitalist mit sei-nen Werkzeugen und die Arbeiter, sondern Ar-beiter und Wirtschaftsleitung gehören der herr-schenden proletarischen Klasse an. Der Ge-samtertrag der Produktion fließt in die Hände des proletarischen Staates und wird verwandt im Interesse der Allgemeinheit, das zur Zeit in erster Linie identisch ist mit dem Aufbau neuer Industrien. Das proletarische Klasseninteresse erfordert Steigerung der industriellen Produktion durch Bau von neuen Betrieben, durch Einrich-tung von Betrieben zur Produktion von Werk-zeugmaschinen, durch bessere technische Aus-gestaltung der vorhandenen Betriebe und durch Steigerung der Arbeitsintensität. Ein jeder neue Betrieb bedeutet bei den riesigen Absatz- und Rohstoffmöglichkeiten in Rußland die Steigerung des Wohlstandes der russischen Arbeiter und Bauern.

Der Aufbau neuer Industrien erfordert aber große Kapitalien, die von den Arbeitern und Bauern erarbeitet werden müssen. Die Wirt-schafter, die im Auftrage des Arbeiter- und Bauernstaates die Wirtschaft leiten, vertreten das Klasseninteresse des Proletariats, wenn sie da-nach trachten, diese Kapitalien durch gute Aus-nützung der bestehenden Betriebe, durch Stei-gerung der Arbeitsintensität usw. aufzubringen. Sie erhalten bei ihrer Tätigkeit die Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen. Zweifellos ergeben sich dabei Fälle, wo die Wirtschaft-ler im Interesse einer schnelleren Entwicklung der industriellen Produktion die individuellen In-teressen der in den Betrieben tätigen Arbeiter zu wenig berücksichtigen; es zeigt sich das in nicht genügender Beachtung der Arbeitsetz-gebung und der Tarife, ferner in einer unge-nügenden Angleichung der Löhne an die erzielte Steigerung der Produktion innerhalb des Indu-striezweiges. In zugespitzten Fällen dieser Art kam es auch zu Streiks der Arbeiter. Jedoch ist der übergroße Prozentsatz der Streiks von

Arbeitern in den noch vorhandenen kleinen Privatindustrien zu verzeichnen.

Auch auf Seiten der Gewerkschaften ergaben sich Fälle, wo die einzelnen Gewerkschaftsleitungen in Gemeinschaft mit den Wirtschaftlern zu sehr das allgemeine Interesse an einer schnelleren Entwicklung der Produktion in den Vordergrund stellten und ihre eigentliche Aufgabe, ein richtiges Verhältnis zwischen Allgemeininteresse und Einzelinteresse herbeizuführen, vernachlässigten, oder sich ergebende Streitfälle zu schematisch unter falscher Anwendung der Parteiautorität erledigten.

Gegen diese Mängel waren die Ausführungen Tomskis auf dem 14. Parteitag gerichtet, denn die Entwicklung der russischen Staatsindustrie muß gleichzeitig verbunden sein mit einer entsprechenden Besserung der Lebenslage der darin beschäftigten Arbeiter. Indessen sind solche Erscheinungen kaum zu vermeidende Begleiterscheinungen, die sich auf Einzelfälle beschränken und nichts an der Tatsache ändern, daß die auf die Rückständigkeit der Industrie zurückzuführenden Schwierigkeiten immer besser behoben werden bei deren weiteren Entwicklung.

Wenn Jugow sagt, daß der Wirtschaftler in den Augen der Arbeiter doch der Käufer ihrer Arbeitskraft sei, so ist das, solange die Warenwirtschaft in Rußland besteht, formell richtig, aber Jugow muß hinzufügen, daß die Arbeitermassen auch sehen, daß der Wirtschaftler im Auftrage des proletarischen Staates und nicht im Auftrage eines privaten Ausbeuters die Arbeitskraft kauft, und daß der Mehrwert, soweit er nicht den Arbeitern direkt in Gestalt höherer Löhne zufließt, doch im Interesse der Allgemeinheit verwandt wird. Der Preis für die Arbeitskraft der russischen Arbeiter steigt und wird ununterbrochen steigen mit der Steigerung der Menge der erzielten Produkte. Kein Mensch kann bestreiten, daß auf allen Gebieten gegenüber der zaristischen Zeit ein außerordentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist, daß sich die Lebenslage der Arbeiter und Bauern in Rußland fortgesetzt bessert, daß jede einzelne dieser Besserungen nicht vom Himmel fällt, sondern von den russischen Arbeitern und Bauern erarbeitet werden muß. Dazu ist Zeit notwendig. Die Entwicklung Sowjetrußlands wird trotz aller Prophezeiungen seiner Gegner gradlinig zum Sozialismus führen!

Richard Schnetter.

Das Wesen der Demokratie in der Wirtschaft.

In Zeiten der Not, wirtschaftlichen Depressionen, ist die Arbeiterschaft viel zu leicht geneigt, radikalem Wortschwallen zu folgen und hat damit für die Zeit des Überganges zur normalen Wirtschaftsweise den Blick getrübt für die bestehenden Verhältnisse und Tatsachen, und damit unklare Vorstellungen über die Zusammenhänge der Wirtschaft wie auch der Demokratie.

Die Wirtschaft mit all ihren Folgeerscheinungen ist der Tummelplatz der verschiedensten Interessen und der Austragungsort der Kämpfe für die Wahrnehmung der Interessen; mag es sich nun um die Interessen der nach Profit strebenden Unternehmer untereinander oder um die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und den Gewerkschaften, als der gegebenen Interessenvertretung der Arbeiterschaft, handeln.

In allen Fragen des Staatslebens spielt die Wirtschaft eine überaus wichtige Rolle und konform mit ihr müssen alle Beschlüsse der Politik gehen, denn sie ist die Grundlage der Nation und damit das Staatsleben.

Darum ist es nicht gleichgültig, wer das Instrument der Wirtschaft in Händen hat, noch weniger gleichgültig ist aber, wie es gehandhabt wird.

Aus diesen Erwägungen heraus ist man nach dem Umsturz dem Drängen der Arbeiterschaft nach einer Mitbestimmung im produktivtechnischen Arbeitsprozeß entgegengekommen und hat sie vor die neuen Aufgaben der Mitbestimmung und Mitverwaltung gestellt.

Wer die Wirtschaft in Händen hat, der hat auch die politische Macht, und wir sehen ja alle allzudeutlich wie die Unternehmer davon Gebrauch machen und die Auswirkungen sehen wir die letzten Jahre zum Überfließ.

Die Wirtschaft ist kein Ding, welches man durch Gewaltakte auf einmal umstülpen kann, sondern ein äußerst feinnerviger Organismus, der keinerlei Experimente verträgt und deshalb, soll die Arbeiterschaft nicht selbst den schwersten Schaden davon haben, nur planmäßiges, zweckentsprechendes und zielbewußtes Handeln zum Nutzen der Gesamtheit verlangt.

Diese Anschauung, daß die Wirtschaft keinerlei Gewaltmaßnahmen verträgt, ist noch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre, im Bewußtsein der Arbeiterschaft vorhanden, und nur die Aussicht, daß wir versuchen den Gegner auf seinem Feld zu schlagen, d. h. den Unternehmern mit Sachkenntnis und Vertraut-

sein mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen entgegenzutreten und unsere Forderungen in Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen vermögen, kann für die Arbeiterschaft ein Lichtblick sein. Es genügt deshalb nicht, die Abfassung mehr oder minder wortreichen Resolutionen und die Vorbringung von Reformvorschlägen, die weit ins Blaue gehen, sondern nur die intensive Ausnutzung der schon bestehenden wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte, wie der Arbeiterschutzgesetze können uns vorwärts bringen.

Die Arbeiterschaft hat nach dem Umsturz, neben der verantwortlichen Mitbeteiligung an der Regierungsführung, der staatlichen Anerkennung der Gewerkschaften als rechtliche Vertreter der Arbeiterschaft, auch Gesetze bekommen, die dem Schutz der Arbeiterschaft innerhalb der Wirtschaft dienen, und die in Verknüpfung der bestehenden Verhältnisse, weil sie nicht gleich einen greifbaren Erfolg zeitigten, unterschätzt und verkannt wurden.

Auf dieser Verknüpfung beruht wohl auch die geringe Einschätzung des Betriebsrätegesetzes, die gering vorhandene Kenntnis der tariflichen Angelegenheiten und die Flaueheit vieler Arbeiter, die den Gewerkschaften noch fern stehen. Nicht in dem Haschen nach Augenblickserfolgen liegt das Bestreben der Arbeiterschaft, sondern nur der systematische Ausbau und die Anwendung der vorhandenen Schutzbestimmungen zum Wohle der Gesamtheit kann der Zweck sein.

Lernen wir zu diesem Zweck von den Unternehmern. Sobald ein wirtschaftliches Gesetz vorliegt, sind die juristischen Beiräte und die Syndizdi der Unternehmer dabei, eine „eindeutige“ Auslegung des Gesetzes, versteht sich zu ihren Gunsten, festzustellen, um dadurch die Rechtsprechung im Sinne der Unternehmerpolitik zu beeinflussen. Nicht mit Unrecht sagt man, daß ein neues Gesetz ein unbeschriebenes Blatt sei, es käme lediglich darauf an, was man aus ihm herauslesen verstände. Den Unternehmern kommt hier noch psychologisch zugute, daß die Menschen im allgemeinen konservativ veranlagt sind, d. h. am Alten hängen und eine einmal vorgefaßte Meinung nur sehr schwer gegen eine neue, bessere vertauschen.

Wenn wir, rückschauend, die Auswirkungen des freien Arbeitsvertrages überblicken, die zu Zeiten der liberalen Wirtschaftspolitik den Arbeiter dem Unternehmer ohne Erbarmen auslieferte, so kann dieser freie Arbeitsvertrag nur als schwere Schädigung des einzelnen festgenagelt werden. Was war der einzelne dem Unternehmer gegenüber, der sämtliche wirtschaftlichen, finanziellen wie politischen Machtmittel in der Hand haltend, es auch verstand, sie dem Arbeiter gegenüber anzuwenden. Der Arbeiter war dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert und mußte jede Schädigung seiner wirtschaftlichen Existenz über sich ergehen lassen. Dem Unternehmertum lag nur an der Heranziehung einer willfähigen Arbeiterschaft, mit der es machen konnte, was es wollte.

Als dann der Staat selbst eine Gefährdung des Staatsganzen in dem Treiben der Unternehmer sah (Schwächung der Wehrhaftigkeit der Nation) kam es von der Regierung zu einer bescheidenen Regelung der Arbeitsverhältnisse, die sozialpolitisch gedacht, wohl eine Milderung der herrschenden Mißstände bringen sollte, die aber nicht im geringsten genügte, die Zustände zu verbessern. Die sozialpolitischen Maßnahmen waren von Bismarck gedacht als eine Abwehraktion gegen die im Aufstiege begriffene sozialistische Arbeiterpartei, seine Hoffnung scheiterte aber, da sie sich ihres Wertes bewußt werdende Arbeiterschaft sich mit dem Gegebenen nicht zufriedengeben wollte und auch nicht konnte.

Aus dieser Notlage heraus und in dem Bewußtsein, dem Unternehmertum eine eben so fest geschlossene Reihe entgegen zu stellen, entstanden die Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die auch mit aller Macht den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnahmen. Fest steht jedenfalls, daß das Vorhandensein von Gewerkschaften die Bestrebungen der Unternehmer auf Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter vereitelte und die Absichten an dem Eckpfeiler der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, scheiterten. Der schließlich durchgesetzte kollektive Arbeitsvertrag, d. h. die Regelung der Arbeitsbedingung durch die Tarifverträge, brachte eine Besserung der Zustände und der Ausbeutung der Unternehmer wurden Schranken gesetzt.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch kollektive Arbeitsverträge sind ein Damm gegen die Unternehmervillkür und schützen besser als aller Radikalismus den einzelnen vor Übervorteilung und nur an der Arbeiterschaft selbst liegt es, wenn sie die Waffen, die sie in Händen hat stumpf werden läßt. Dazu gehört vor allen Dingen eine Stärkung der Gewerkschaften, je stärker diese, um so größer die Erfolge und schneller die Ausführungsmöglichkeit der aufgestellten Forderungen.

Nachdem durch den Umsturz der Staat auf eine vollständig neue Grundlage gestellt worden ist, wir von einem Obrigkeitstaate, der konstitutionellen Monarchie, übergegangen sind zum Volksstaate, der Demokratie, der parlamentarischen Regierung des Volkes für das Volk, muß es das Bestreben der Arbeiterschaft sein, die politische Gleichberechtigung und Mitverantwortung, auch auf die Wirtschaft auszudehnen. In der Republik, in dem Spiel der sich gegenüberstehenden Kräfte, kann der nur etwas erringen, der es versteht durch die hinter ihm stehende Macht die gegebenen Verhältnisse auszunutzen. Alle Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiete werden von diesem Grundsatz diktiert und deshalb muß es auch die Pflicht eines jeden überzeugten Gewerkschafters sein, nach besten Kräften für seinen Teil an der Erfüllung und Ausnutzung der uns gegebenen Mitbestimmungsrechte mitzuarbeiten, aber immer vor Augen das hohe Ziel der Arbeiterschaft: Die Wirtschaftsdemokratie!

Franz Horení (Düsseldorf).

Kapitalistische Ausbeutungsmethoden.

Der Kapitalismus hat seine Grundlage in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Sie ist das Fundament, auf dem sich die kapitalistische Gesellschaft aufbaut. Alle Behauptungen, die darauf hinauslaufen, daß der Kapitalismus oder die seiner Entwicklung vorangehende Kapitalbildung durch die Sparsamkeit einzelner besonders dazu Veranlagter, entstanden sei, sind in das Gebiet der Märchen zu verweisen. Das bedeutet nicht, daß es niemals Menschen gab, die durch Sparsamkeit ein kleines Kapital ansammelten und auf dieser Grundlage, vom Glück begünstigt, sich zu großen Kapitalisten aufzuschwingen vermochten. Aber das waren immer nur wenige, und auch sie haben ihren späteren Reichtum nicht der Fortsetzung ihrer Sparsamkeit, sondern nur dem Umstände zu verdanken, daß sie den gesparten Grundstock ihres Kapitals zur Anschaffung von Produktionsmitteln verwendeten, also ihnen durch Ausbeutung ihrer weniger glücklichen Mitmenschen zur Vermehrung ihres Kapitals und schließlich zur Gewinnung wirtschaftlicher Macht und Einfluß verhalfen.

Für die überwiegend große Mehrzahl der Kapitalisten kommt eine Kapitalbildung in diesem Sinne nicht in Betracht. Und es wäre für die Arbeiter ein durchaus aussichtsloses Beginnen, wenn sie vermeinen wollten, durch Sparsamkeit es ebenfalls zum Kapitalisten bringen zu können. Das war schon früher so, noch mehr aber heute, wo die Masse der Arbeiter nur einen Lohn erhält, der ihnen kaum die Fristung der notdürftigsten Existenz gestattet und für nennenswerte Ersparnisse nichts übrig läßt. Wie die Kapitalbildung in Wirklichkeit vor sich ging und der Kapitalismus entstand, wird von Marx im 24. Kapitel seiner Kritik der politischen Ökonomie, im „Kapital“ ausführlich geschildert. Dabei legt er auch die Methoden klar, die von den Kapitalisten angewendet wurden, um Kapital entstehen zu lassen und es anzuhäufen. Eroberung, Unterjochung, Raubdruck, kurz Gewalt, waren die Mittel, um ursprünglich freie Menschen in Sklaverei und Knechtschaft hineinzuweisen, sie zu Objekten der kapitalistischen Ausbeutung zu machen.

Diese ursprüngliche Gewaltmethoden hat der moderne Kapitalismus in den heutigen Kulturländern zwar abgestreift. Er braucht sie nicht mehr, weil es auch ohne dem geht. Die kapitalistische Ausbeutungsmaschine befindet sich im Gange, womit sich alles weitere von selbst ergibt. Das hält den Kapitalismus jedoch nicht ab, die alten Gewaltmethoden dort nach wie vor in Anwendung zu bringen, wo das Feld hierfür günstig ist, wie wir es in den Kolonialländern und bei den vom Kapitalismus noch nicht unterworfenen exotischen Völkern beobachten können. Im Grunde genommen beruhen auch die modernen Kriege auf nichts anderem, als dem Bestreben des Kapitalismus nach Machterweiterung oder Ausdehnung seines Ausbeutungsreichs, wobei es darauf abgesehen ist, neue Ausbeutungsgebiete zu erobern oder unbenutzte Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Wenn sich die modernen Kriege nicht mehr ohne weiteres als kapitalistische Raubzüge erkennen lassen, so nur deshalb, weil es der Kapitalismus versteht, entsprechend der veränderten Psyche der jetzt lebenden Menschen andere Ursachen vorzuschützen und dem deutungsgrigen Vorgehen des Kapitalismus ein patriotisches oder ethisches Mäntelchen umzuhängen. Zu heucheln oder seine Raubabsichten zu verschleiern, hat der Kapitalismus zwar immer verstanden, wofür die Geschichte der Kolonial- wie Religionskriege genügende Beweise liefert.

Aber auch in anderer Beziehung haben sich die kapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmethoden modernisiert. Zwischen dem Früher und Jetzt besteht jedoch nur ein gradueller Unterschied. Das trifft besonders bei einem Vergleich zwischen der frühkapitalisti-

sehen Periode mit der Gegenwart hervor. Der Einbruch des Kapitalismus in die feudale Wirtschaft kennzeichnet sich nicht nur durch die rücksichtsloseste, von keinen gesetzlichen Schranken eingeengte Ausbeutung der Arbeiterschaft, sondern auch durch die ungehemmte Konkurrenz gegen das kleine handwerksmäßige Unternehmertum, das dieser Konkurrenz im weiten Umfange zum Opfer fiel, von ihr vernichtet wurde. Der „freie Wettbewerb“ wurde als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft bezeichnet. Von ihm erwartete man die Auslese der Tüchtigen, die allein die Wirtschaft zur höheren Entwicklung führen konnten. „Freiheit der Wirtschaft“, „Freiheit des Arbeitsvertrags“ waren die Schlagworte jener Zeit, die der brutalsten, von keinerlei sozialen Rücksichten begangenen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Tür und Tor öffneten. Heute sind sie in Wegfall gekommen.

Die kapitalistische Ausbeutung wurde durch die Errungenschaften der Naturwissenschaft während des 18. Jahrhunderts erleichtert. Nicht weniger trug dazu die Arbeitsteilung bei, die in den mit Staatshilfe herangezogenen Manufakturen zur Durchführung gelangte. So wurde die Grundlage für die Entwicklung der modernen Technik geschaffen, womit das Zeitalter des Dampfes und der Maschine begann. So sehr aber auch damit die Produktivität der Arbeit zunahm, bedeutete sie doch für die Lebenshaltung der Arbeiter keinen Vorteil. Im Gegenteil wurde sie mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsentwicklung immer tiefer herabgedrückt. Aller Reichtumszuwachs, selbst die fabelhaftesten Gewinne veranlaßten den Kapitalismus nicht, den Arbeitern auch nur das zum Leben Notwendigste zuzugestehen. Blind gegen die daraus entstehenden Folgen wurde mit der menschlichen Arbeitskraft der schmählichste Raubbau getrieben, der schließlich zu ihrer Degenerierung und Vernichtung führen mußte. Wenn endlich eine Änderung eintrat, so nur deshalb, weil einerseits der Staat einsehen mußte, daß die unbegrenzte Ausbeutung der Arbeiterschaft seine eigene Existenz bedrohte, andererseits die Arbeiterschaft selbst erwachte und durch ihren Zusammenstoß in den Gewerkschaften der Aufrechterhaltung dieses Zustandes Widerstand entgegensetzte.

Gelernt hat der Kapitalismus aus dieser Vergangenheit nichts. Wäre es der Fall, so hätte er einsehen müssen, daß die allmähliche wirtschaftliche und soziale Hebung der Lage der Arbeiterschaft in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen ungeheuren wirtschaftlichen Vorteil darstellte. Das Aufsteigen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft hätte ihm zeigen müssen, daß je höher diese ist, umso besser es um die gesamte Wirtschaft steht. Das geht schon daraus hervor, daß sich die Mehrheit des deutschen Volkes aus Arbeitnehmern, also Lohn- und Gehaltsempfängern zusammensetzt; bildeten diese doch bereits im Jahre 1907 rund 80 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung. Alle diese Arbeitnehmer sind nicht nur Produzenten, sondern auch Verbraucher, und das Blühen der Wirtschaft, das Gedeihen von Produktion und Handel von der Höhe des Verbrauchs abhängig ist, erscheint es als selbstverständlich, diesen nicht künstlich zu beschränken, sondern im Gegenteil zu fördern. Das ist umso notwendiger, als die weltwirtschaftliche Entwicklung dahin strebt, die Nationen immer stärker auf den eigenen Innenmarkt zu verweisen, den Export dagegen herabzudrücken. Insbesondere macht sich diese Entwicklung für Deutschland nach dem Weltkriege bemerkbar.

Anstatt jedoch diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen und sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, strebt der deutsche Kapitalismus dahin durch seine Ausbeutungsmethoden auch diesen Innenmarkt zu vernichten. Zum großen Teil ist ihm das durch die monopolistische Preispolitik der Kartelle und Syndikate gelungen. Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist bereits auf ein Minimum herabgedrückt und sinkt immer tiefer. Das hält den Kapitalismus nicht ab, durch seine Lohnabbaubestrebungen dieses Sinken der Kaufkraft zu beschleunigen, obwohl die Folgen klar vor Augen stehen. Sie können nur in einer völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft bestehen.

Außer der Arbeiterschaft ist niemand da, der den schließlichen Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert, denn die bürgerliche Gesellschaft ist in ihrer Mehrzahl zu denkfaul, als daß sie ihren Untergang einsehen könnte. Sie davor zu bewahren, hat die Arbeiterschaft freilich keine Ursache. Dennoch ist sie zu eng mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung verbunden, um diesem Treiben ruhig zusehen zu dürfen. Ihr eigenes Schicksal hängt davon ab, denn ein wirtschaftlicher Zusammenbruch würde sie am schwersten treffen, wie die bereits bestehende Arbeitslosigkeit deutlich genug zeigt. Aus diesem Grunde muß sich die Arbeiterschaft den wirtschaftsfeindlichen Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus entgegenstellen. Um ihrer eigenen Existenz willen hat sie danach zu trachten, nicht nur ihre Lebenshaltung aufrecht zu erhalten,

sondern diese nach Möglichkeit zu heben, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu erweitern und so die Voraussetzungen für eine Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaft zu schaffen. Als wichtigstes Mittel hierzu steht ihr die gewerkschaftliche Organisation zur Verfügung, der sie ihre gegenwärtige Stellung verdankt und deren richtige Anwendung allein einen weiteren Aufstieg sichert.

Mattulat.

Volkswirtschaftlicher Anschauungsunterricht in Zahlen.

Täglich werden wirtschaftliche Gutachten und theoretische Meinungen über die Problemlösung der Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen mit Druckschwärze auf dem geduldgigen Papier verbreitet. Und alle Gutachten, alle Lehrmeinungen haben ihr „Publikum“ und jedes und jede hat einen Kern von Richtigkeit und birgt ein Körnchen Wahrheit in sich. Aber wichtiger als dies für die Erkenntnis der Dinge auf diesem Gebiete sind doch wirtschaftliche Tatsachen, die sich zahlenmäßig erfassen lassen. Und deren Bedeutung u. a. darin beruht, daß es zuverlässige Zahlen sind, mit denen man „etwas anfängen“, seine Meinung begründen kann. Eben durch Tatsachen.

So bietet die Wirtschaftsstatistik der konsumgenossenschaftlichen Zentralorganisationen in ihrem Teile ein viel anschaulicheres und zuverlässigeres Bild für die Wirtschaftsverhältnisse in dem Deutschland der Vor- und Nachkriegszeit, als alle anderen, selbst amtliche, weil sich dieselben auf einem Material aufbauen, das subjektiv beeinflusst ist; beispielsweise von der Wirtschafts-, Zoll-, Steuer- und Lohnpolitik des befragten Privatunternehmens. Die Interessenpolitik der zahllosen Gruppen der Privatwirtschaft ist der böse Geist, der sich in Tatsachenverwirrung statistisch ausdrückt.

In direktem Gegensatz dazu stehen die statistischen Feststellungen der deutschen Genossenschaftsbewegung im allgemeinen, der konsumgenossenschaftlichen im besonderen. Denn hier gibt es keine künstlichen Konstruktionen, keine Schön- und keine Schwarzmalerei, keine Über- und Unterbewertung, sondern immer nur das „Ding“ an sich. So wie es ist, nicht wie es sein sollte oder möchte. Und es ist ein großer Vorzug für die künftige Volkswirtschaft überhaupt, die man sich in stärkerem Ausmaße als heute gemeinwirtschaftlich vorstellen kann und darf, daß ihre finanziellen und wirtschaftlichen Dispositionen von einem so sicheren Grunde ausgehen können, wie ihn die konsumgenossenschaftliche Statistik bietet, denn um die Regelung der Produktion herbeizuführen, also Überproduktion zu vermeiden, ist die Konzentration, d. h. die organisatorische Erfassung der Konsumtion (Verbrauch) erforderlich.

So gesehen gewinnen die Entwicklungszahlen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die ihm angehörigen Konsumgenossenschaften aus dem Jahre 1914, 1924 und 1925 eine besondere Bedeutung, weil sie nicht nur ein wirtschaftliches Bewegungsbild der genossenschaftlich organisierten Verbraucher vor Augen führen, sondern ein solches der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wobei höchstens noch zu bemerken wäre, daß das Bild der Privatwirtschaft um einige Pinselstriche grauer aussieht, als das der Genossenschaften.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine (gegründet 1903 mit 666 Konsumgenossenschaften und 573 085 Mitgliedern) zählte im Jahre 1914 1109 Konsumgenossenschaften mit 1 717 519 Mitgliedern (1924: 1163 mit 3 505 180 Mitgliedern, 1925: 1110 mit 3 382 011 Mitgliedern). Diese Organisationszahlen zeigen einen gewaltigen Fortschritt in den 10 Jahren Kriegs- und Nachkriegszeit und einen kleinen Rückgang in der Mitgliederzahl von 1924 auf 1925. Der Rückgang ist auf die Reinigung der Mitgliederliste von den Inflationsmitgliedern zurückzuführen, die während der Zwangswirtschaft dem alten und treuen Stamm von Genossenschaftlern die Rationen verkleinerten um nachher wieder in den Indifferentismus des Käufers zurückzufallen, der über die hohen Preise und noch einiges dazu schimpfend der Privatwirtschaft wieder seine Kaufkraft zur Verfügung stellt, anstatt in der Genossenschaft sich, seiner Familie und der Volkswirtschaft zu nützen.

Dies zeigt sich insbesondere auch beim Warenumsatz, der im Jahre 1914 486,4 Millionen Mark betrug und im Durchschnitt auf das Mitglied berechnet 287 Mk (1924: 380,6 Millionen Mark und im Durchschnitt 109 Mk.; 1925: 616,2 Millionen Mark und im Durchschnitt 182 Mk.). Man sieht den kolossalen Sturz des wirtschaftlichen Niveaus der Gesamtwirtschaft in den Zahlen von 1914 und 1924 und erkennt die verhältnismäßig starke Besserung im Jahre 1925 gegen das Vorjahr mit der gleichzeitigen Feststellung, daß das Jahr 1925 mit seinem im Durchschnitt 40–50 Proz. höheren Warenpreisen noch tief unter der Wirtschaft des Jahres 1914 steht.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Zahl der in der genossenschaft-

lichen Warenverteilung beschäftigten Personen. Sie betrug im Jahre 1914 26 234 (1924: 37 825, 1925: 37 318). Man beachte, daß der Umsatz im Jahre 1924 um rund 106 Millionen niedriger als im Jahre 1914, aber die Zahl der Beschäftigten um 11 600 höher war; sie sinkt zwar im Jahre 1925 um 500 Personen, ist aber unter Würdigung der 40–50 Proz. höheren Warenpreise (1914: 486,4 Millionen Mark, Umsatz 1925: 616,2 Millionen Mark) immer noch verhältnismäßig um 11 000 Personen zu groß.

Dies wird deutlicher, wenn man sieht, daß der durchschnittliche Erlös auf jede in der Warenverteilung beschäftigte Person im Jahre 1914 22 407 Mk. betrug (1924: 11 831 Mk., 1925: 19 849 Mk.), in der Gütererzeugung waren die entsprechenden Zahlen 1914: 23 027 Mk., 1924: 15 947 Mk., 1925: 25 607 Mk.

Der Schluß aus diesem Bild ist klar ersichtlich: die soziale Rücksichtnahme hat die rationale Wirtschaftsführung zunächst stark in den Hintergrund gedrängt. Die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsführung kann nicht in rigoroser Weise das Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung ausgleichen, sondern sie ist gemäß ihrer sozialwirtschaftlichen Moral gezwungen, die Rationalisierung der Wirtschaft im wesentlichen durch eine Steigerung der Gütererzeugung und der Warenverteilung herbeizuführen, wie sie sich erfreulicherweise im Jahre 1925 bereits angekündigt hat.

Damit kommt man nun auf die schlechthin entscheidende Frage der Wirtschaftlichkeit der genossenschaftlichen Unternehmungen zu sprechen, welche selbstverständlich auch noch von anderen Faktoren — eigene Betriebsmittel etc. — abhängig ist. In erster Linie und entscheidend aber von der Warenerzeugung und -verteilung im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten und der Verkaufsstellen, weil beide zusammen den Löwenanteil der Unkosten ausmachen. Die Zahl der Verteilungsstellen betrug im Jahre 1914: 5167 mit einem Durchschnittsumsatz von 95 227 Mk. pro Verteilungsstelle (1924: 8282 mit einem Durchschnitt von 45 964 Mk., 1925: 8500 mit einem Durchschnitt von 72 992 Mk.). Der Vergleich zeigt ebenfalls einen starken Abstieg von 1914 bis 1924 und eine starke Besserung im Jahre 1925 gegen das Vorjahr, die aber absolut und relativ noch weit hinter dem Ergebnis von 1914 zurückbleibt, auch ohne die Berücksichtigung der höheren Warenpreise im Jahre 1925.

Die genannten Faktoren wirken am stärksten bei der Unkostensteigerung mit, die, wie schon gesagt, ausgeglichen werden muß durch die Steigerung der Gütererzeugung und Warenverteilung, d. i. genossenschaftliche Rationalisierung der Wirtschaft. Im übrigen das Geschäftsergebnis: 1914: 40,7 Millionen Mk. Reinertrag und Rabatt, 1924: 9,3 Millionen, 1925: 22,3 Millionen Mark.

Die Verbrauchermassen können und darum müssen sie die Folgerungen aus diesen wirtschaftlichen Tatsachen ziehen. Denn um ihre Sache handelt es sich und ihre Wirtschaft sollen sie „rationalisieren“.

Wie?! Das ist gezeigt.

Das faschistische Arbeitsgesetz.

Von Dalmo Carnevali.

In der Begründung, die der italienische Parlamentsausschuß dem Entwurf des neuen italienischen Arbeitsgesetzes beigegeben hat, stehen die bezeichnenden, der faschistischen Weltanschauung genau entsprechenden Worte:

„Der faschistische Staat hat die Pflicht, alle lebendigen Kräfte des Landes ohne Ausnahme zu beherrschen und zu regulieren, er muß alle Kräfte in eine den Interessen der Nation parallele Richtung lenken. Der faschistische Staat kann nicht wie das liberale oder das demokratische Regime zulassen, daß die gewaltigen Kraftreservoirs der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen den politischen Parteien bei ihren Wahlmanövern und ihren parlamentarischen Auseinandersetzungen zur Verfügung stehen. Der faschistische Staat sieht in diesen Organisationen die Quelle des künftigen Nationalvermögens. Industrie, Handel, Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk müssen zu immer höherer Vervollkommnung ihrer Erzeugungsmethoden geführt werden; der Staat aber muß als höchster und unparteilicher Richter zwischen den sozialen Klassen vermitteln, er muß ihre Beziehungen unter einander regeln und das friedliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten aller sozialen Schichten erzwingen.“

Wie die Banken die Sammelbecken des Kapitals sind und die werbende Kraft des Geldes steigern, so sind die Gewerkschaften Sammelbecken und Kraftsteigerungsstellen des Kapitals der Proletariat — der Arbeitskraft. Der faschistische Staat reißt die Führung der Gewerkschaften an sich, um selbstherrlich jede ihrer Bewegungen zu regeln und zu dämpfen, während er den Kraftreserven des Kapitals, den Banken und den großen Industrieunternehmungen freies Spiel gewährt. Nichts ist zu merken vom faschistischen Dämpfungseifer, wenn kapli-

talistische Unternehmungen Raubzüge gegen die Verbrauchermassen organisieren.

Arturo Labriola bemerkt zu dem neuen Arbeitsgesetz, daß es der Faschismus als Ruhmestitel betrachtet, die Streiks abgeschafft zu haben. Wo aber bleibt die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters, wenn ihm in seinem Kampfe um bessere Löhne die Waffe der verabredeten Arbeitsniederlegung aus der Hand geschlagen wird? Mit dem Streikrecht fällt die Freiheit des Arbeiters. Und noch schlimmer ist es, wenn die Arbeiter nicht mehr das Recht haben sollen, ihnen zuzugewandene Gewerkschaften zu bilden oder sich nach freiem Ermessen für den Anschluß an diese oder jene Gewerkschaft entscheiden zu können; wenn sie sich zwangsweise Gewerkschaften anschließen müssen, die von der Regierung oder von der Regierungspartei abhängen und daher Regierungspolitik treiben müssen. Die Freiheit der arbeitenden Klassen wird vom Faschismus dem Staatsgedanken untergeordnet; der Staat wirft sich auf zum Herrn des Proletariats; das entsprechende Gegenstück auf der kapitalistischen Seite aber fehlt. Die selbständigen Gewerkschaften der Arbeiter werden mit einem Federzuge ausgelöscht — die Industriellen- und Agrarierverbände aber bleiben unabhängig bestehen; die Arbeiter werden in die faschistischen Korporationen getrieben — für die Mitglieder der Unternehmerorganisationen gibt es keine Zwangssyndikate der Regierung.

Durch das faschistische Gesetz werden alle aus kollektiven Beziehungen entstehenden Streitigkeiten — drehe es sich nun um die Anwendung bereits bestehender Verträge oder um die Forderung nach Änderung der Arbeitsbedingungen — in obligatorischer Weise der Zuständigkeit der Appellationsgerichtshöfe unterstellt. Die gleichen Gerichtshöfe sind in verbindlicher Weise zuständig für alle Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen, die zwischen Unternehmern und landwirtschaftlichen Arbeitern oder zwischen Unternehmungen öffentlicher Natur oder öffentlichen Interessen und ihren Arbeitern entstehen. Bei Streitigkeiten wegen neuer Arbeitsbedingungen zwischen andern Gruppen von Unternehmern und Arbeitern ist die Zuständigkeit der Appellationsgerichtshöfe zwar nicht ohne weiteres verbindlich; sie wird es aber, sobald beide streitenden Teile ihre Zuständigkeit einmal erwählt haben. Bei jedem der sechzehn in Italien bestehenden Appellationsgerichtshöfe wird je eine besondere Abteilung für Arbeitsstreitigkeiten gebildet, die mit drei Richtern und zwei vom Gerichtspräsidenten auszuwählenden Sachverständigen besetzt wird.

In allen jenen Streitfällen, in denen der Appellationsgerichtshof von Gesetzes wegen zuständig ist oder freiwillig als zuständig anerkannt worden ist, ist sowohl Aussperrung als Streik verboten. Unternehmer, die dieser Bestimmung zuwiderhandeln und zwecks Erzwingung von Vertragsänderungen ihre Betriebe stilllegen, werden mit Haft von drei Monaten bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zehn- bis hunderttausend Lire bedroht. Dergleichen wird allen Arbeitern und Angestellten, die zu dem gleichen Zwecke und auf Verabredung in einer drei Mann übersteigenden Anzahl die Arbeit verlassen oder sie in einer Weise leisten, daß der ordnungsmäßige Gang des Betriebes gestört wird, Haft von einem bis zu drei Monaten angedroht. Rädelsführer, Organisatoren solcher Streiks werden mit Haft nicht unter einem Jahre und mit einer Geldstrafe von zwei- bis fünftausend Lire bedroht.

Wir sehen, der Faschismus beauftragt mit schlanker Geste die Gerichte, die schwierigsten Probleme unseres Jahrhunderts zu lösen! Nun hat aber, seit die Welt steht, noch nie ein Gericht ein Problem gelöst, immer war das Vorhandensein und die Tätigkeit der Gerichte der Beweis des Vorhandenseins ungelöster Probleme.

Wir wollen uns nicht mit der Erörterung der Frage nach der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit der Gerichte aufhalten. Wichtiger erscheint uns die Frage: Ist der Zweck des faschistischen Arbeitsgesetzes der, das ungestörte und gleichmäßige Fließen der privaten Kapitalrenten zu sichern oder soll wirklich die Erzeugung gehoben werden? Wird das Arbeitsgesetz für die Allgemeinheit ein Segen oder ein Fluch werden?

Für den Faschismus regeln sich alle diese Fragen kurzweilig mit der Abschaffung des Streiks. Das Streikverbot, das die Faschisten als großen Fortschritt feiern, ist aber in Wirklichkeit ein Schritt rückwärts, denn es bedeutet die Abschaffung einer der jüngsten Errungenschaften des Proletariats. Was bietet der faschistische Staat der arbeitenden Klasse als Gegenwert für diese Beschränkung ihres wichtigsten Rechts; für die Auslieferung ihrer stärksten Waffe? Er übernimmt die Verteidigung der Rechte der Arbeiter in seine eigene Regie. Ist nicht der Verdacht gerechtfertigt, wenn er das tut, daß er es nur tut, um sie zu unterdrücken? Liegt überhaupt die Unterdrückung des Klassenkampfes im Interesse der Produktion? Mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktion tritt immer deutlicher die Tatsache in den Vorder-

grund, daß der Klassenkampf ein Lebenselement der Produktion ist. Immer deutlicher wird dabei aber auch, daß der Staat lediglich die Aufgabe hat, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, daß es aber am besten ist, wenn er sich allen Klassenbewegungen gegenüber gewissenhafter Unparteilichkeit befleißigt. Nie wird staatliche Vormundschaft, bürokratische Regelung und Richterspruch das einzig gerechte freie Spiel der Kräfte des Wirtschaftslebens ersetzen können. Wenn die Hand des kapitalistisch orientierten Staates in den Mechanismus der Wirtschaft eingreift, so kann nur Zwang, Ungerechtigkeit und Unterdrückung die Folge sein; wenn der Staat dazu aber noch faschistisch ist, so weiß man, daß der Unterdrückte stets der Arbeiter sein wird.

Hat der mit Zustimmung der Betriebsvertretung beziehungsweise des Arbeitsgerichtes entlassene Betriebsrat noch das Einspruchsrecht aus den Paragraphen 84 ff. BRG.?

(Nachdruck verboten).

Das Betriebsrätegesetz ist seit sechs Jahren in Kraft. In dieser Zeit war es möglich, die Zweifelsfragen zu lösen und feste Auffassungen über die Bedeutung der einzelnen Paragraphen herauszubilden. Das ist in der Hauptsache auch geschehen. Daher ist es bedeutungsvoll, wenn von Gerichten neue Grundsätze vertreten werden und es ist sofort zu prüfen, ob dieselben richtig sind oder ob die bisherige Ansicht nach wie vor allein zutreffend ist. Dabei dürfen im Einzelfalle erzielte Vorteile nicht den Ausschlag geben, maßgebend ist vielmehr das allgemeine Interesse und der Wille des Gesetzgebers.

Von dem Gewerbegericht Mannheim als Arbeitsgericht wurde am 6. Januar 1926 durch Beschluß die Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsrates erteilt. Nach der Entlassung erhob dieser Betriebsrat bei dem Arbeiterrat Einspruch gegen seine Entlassung auf Grund von § 84 BRG. Der Einspruch wurde für begründet erachtet. Einigungsverhandlungen führten zu keinem Erfolg. Dasselbe Gericht entschied dann in dem erneuten Verfahren durch Urteil vom 3. Februar 1926, daß der ehemalige Betriebsrat wieder einzustellen sei, im Falle der Ablehnung der Weiterbeschäftigung sei eine Entschädigung von 400 Mark zu bezahlen. Das Urteil ist im Wortlaut enthalten in dem „Schlichtungswesen“, März 1926, Seite 61. Das Arbeitsgericht Mannheim stellt sich damit in Gegensatz zu den Kommentatoren des BRG. und zu den meisten Arbeitsrichtern. Es bezeichnet die Ansicht, daß dem Betriebsrat, der mit Zustimmung der Betriebsvertretung oder des Arbeitsgerichtes entlassen werde, nicht mehr das Einspruchsrecht aus § 84 BRG. zustehe, als Nachteil für die Betriebsräte, der dem Sinn und Zweck des BRG. widerspricht. Für seine Ansicht bezieht sich das Gericht auf den Gewerberichter Dr. Kallee (Stuttgart).

Diese Entscheidung steht also der herrschenden Meinung vollkommen entgegen. Denn es galt bisher als feststehend, daß nach der Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsrates ein Einspruchsrecht aus § 84 BRG. wegen unbilliger Härte nicht mehr in Betracht kommt. Niemand ist bis jetzt auf den Gedanken gekommen, daß es anders sein könnte. Vielmehr bestand nur die eine Ansicht, daß der Belegschaft der Entlassungsschutz aus den Paragraphen 84 ff., den Betriebsräten der weitergehende Schutz aus den Paragraphen 96 ff. zustehen sollte. Der Gesetzgeber hat sich hierzu nicht ausdrücklich geäußert, aber er hat sicher nicht den Doppelschutz gewollt. Wäre es anders, dann hätten es die genau unterrichteten Kommentatoren ganz bestimmt wissen müssen.

Es ist nunmehr zu prüfen, ob die Stellungnahme des Arbeitsgerichtes Mannheim überhaupt einen Doppelschutz darstellt oder ob sich dieselbe nicht geradezu als Nachteil für die Betriebsräte auswirken muß. Die Antwort hierauf gibt bereits in einer Anmerkung (in derselben Nummer, Seite 63) Magistratsrat Dr. Sell (Berlin), der die Auffassung des Gewerberichters Kallee folgendermaßen wiedergibt: „Das Zustimmungserfordernis solle lediglich Maßregelungen verhindern. Sei der Verdacht einer Maßregelung ausgeschlossen, so müsse das Arbeitsgericht die Zustimmung zur Kündigung erteilen und dürfe sie nicht deshalb versagen, weil die Kündigung eine unbillige Härte bedeuten würde. Für diese Fälle sei vielmehr das Einspruchsverfahren der Paragraphen 84 ff. BRG. mit dem Wahrrecht des Arbeitgebers bezüglich Weiterbeschäftigung oder Abgangsentschädigung vorgesehen. Das entlassene Betriebsratsmitglied könne daher nach Empfang der Kündigung noch Einspruch nach § 84 BRG. einlegen“. Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß Kallee selbst Zweifel an der Richtigkeit seiner Behauptungen aufgestiegen sind. Seit hat auch erhebliche praktische Bedenken. Er meint, wenn

eine Betriebsvertretung oder ein Arbeitsgericht selbst die Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsrates gegeben hat, dann sei es wohl höchst zweifelhaft, daß der Einspruch wegen unbilliger Härte hinterher anerkannt werden würde. Diese Zweifel sind sehr berechtigt. Das Arbeitsgericht Mannheim würde eine große Ausnahme bilden. Die Betriebsräte könnten von einem Verfahren wegen unbilliger Härte regelmäßig nichts erhoffen. Dagegen würden sie einen großen Schaden erleiden, wenn die Arbeitsgerichte bei einem Antrag auf Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsrates nur feststellen dürften, ob eine Maßregelung beabsichtigt ist und andernfalls immer die Zustimmung erteilen müßten. Das ganze Verfahren würde fast wertlos werden, da die Zustimmung im Regelfall sicher wäre. Maßregelungen können fast nie festgestellt werden. Die Unternehmer werden es immer vermeiden, derartige Absichten erkennbar werden zu lassen.

Das Gewerbegericht Mannheim hat aber auch eine vollkommene Unkenntnis des Sinnes und Zweckes des Betriebsrätegesetzes bewiesen. Die Belegschaften wählen Betriebsvertretungen zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Die Betriebsräte sind in der Regel die hierzu geeignetsten Belegschaftsangehörigen, an deren Verbleiben im Betriebe die Belegschaft stark interessiert ist. Derartige Vertreter können nicht nach dem Begriff „unbillige Härte“ behandelt werden, sondern es ist die Notwendigkeit der Erhaltung der gewählten Betriebsvertretung in erster Linie zu prüfen. Aus dieser richtigen Erkenntnis heraus prüfen auch viele Gerichte bei teilweisen Stilllegungen eingehend, ob die Entlassung von Betriebsräten erforderlich ist. Dieselben Grundsätze sind für die Arbeitsgerichte maßgebend, wenn sie die Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten erteilen sollen. Mit dem Satz: Die Betriebsräte könnten keine Bevorzugung für sich beanspruchen, darf kein Unfug getrieben werden. Die Betriebsräte sind Belegschaftsinteressenvertreter und als solche müssen sie so lange wie möglich im Betriebe gehalten werden, auch auf die Gefahr, daß Belegschaftsangehörige mit ungünstigeren persönlichen Verhältnissen deshalb früher zur Entlassung kommen. Anders läßt sich das Betriebsrätegesetz gar nicht durchführen.

Bei Anträgen auf Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten müssen daher Betriebsvertretungen sowohl als auch Arbeitsgerichte prüfen, ob die Entlassung notwendig ist. Nur wenn dies der Fall ist, kann die Zustimmung zur Entlassung erteilt werden. Erfolgt daraufhin die Entlassung, so gibt es keinen Einspruch wegen unbilliger Härte mehr. Die andere Auffassung des Arbeitsgerichtes Mannheim verkennt die Sachlage und den Sinn des Betriebsrätegesetzes, sie bedeutet praktisch einen großen Nachteil für die Betriebsräte, der im Betriebsrätegesetz nicht begründet ist.

Reichsdruckerei gegen Betriebsrat.

Eine Arbeiterin der Reichsdruckerei war wegen angeblicher fehlerhafter Arbeit in der Fertigmacherei entlassen worden. Der Betriebsrat, welcher der Überzeugung war, daß die Arbeiterin zu Unrecht entlassen sei, klagte für diese vor dem Berliner Gewerbegericht und wurde die Reichsdruckerei auf Grund der Zeugenaussagen des Meisters der betreffenden Abteilung verurteilt. Zu diesem Termin hatte der Vorsitzende des Betriebsrates ein anderes Mitglied desselben als eventuelle Auskunftsperson mitgebracht, und zwar weil diesem Betriebsratsmitglied die Betreuung der Abteilung anvertraut war, in der die entlassene Arbeiterin tätig gewesen. Während nun die Reichsdruckerei allen anderen, die zu dem Termin anwesend waren die Arbeitsversammlungen bezahlte, lehnte sie die Zahlung für das vom Betriebsratsvorsitzenden mitgebrachte Betriebsratsmitglied ab, mit der Motivierung, der Betriebsratsvorsitzende hätte sich bei dem Betreffenden über die Vorgänge vorher informieren können. Diese Begründung machte sich der Vertreter der Reichsdruckerei zu eigen, obschon er sich gleich drei Zeugen mitgebracht hatte, von denen in dem bewußten Termin nur der oben genannte Meister vernommen wurde. Die Summe des Lohnabzuges waren ganze 2,50 Mk., auf die nun das Betriebsratsmitglied klagte. Am Gewerbegericht versuchte der Vertreter der Reichsdruckerei zu rechtfertigen, daß er sich gleich drei Zeugen mitbringen könne, daß aber das Betriebsratsmitglied erst vor dem Gewerbegericht zu erscheinen brauchte, wenn dessen Ladung als notwendig erfolgt wäre.

Man weiß nicht, soll die Erschwerung der Stellung des Betriebsrates erreicht oder gerade hier in der Reichsdruckerei gespart werden, während an anderen Stellen von diesem Sparsystem nichts zu merken ist. Denn der Vertreter bei dieser Klage hat doch sicher allein mehr wie 2,50 Mk. an Zeit für die Verhandlung versäumt. Oder zerbrechen sich erst mehrere Beamte oder Angestellte der Reichsdruckerei länder-

gere Zeit den Kopf, wie man dem Betriebsrat das Leben schwer machen kann?

Nach Vernehmung des Betriebsratsvorsitzenden kam das Gewerbegericht auch hier zur Verurteilung der Reichsdruckerei, weil der Betriebsratsvorsitzende ausdrücklich betonte, daß er es für notwendig gehalten habe, das Betriebsratsmitglied als Auskunftsperson mitzubringen. Es sei nicht vorzuziehen gewesen, daß nur die Vernehmung des einen Zeugen die Sache schon soweit kläre, daß weitere Zeugen und Auskunfts nicht notwendig waren. Ob nun die Reichsdruckerei endlich ihre Beamten zu anderer nutzbringender Arbeit heranzieht, wie zur Austragung solcher verbitternden Differenzen? Und dann noch die Frage: Was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu, daß von einer Reichsanstalt durch solche eigenartige Auslegung des Betriebsratgesetzes dem Betriebsrat die Arbeit erschwert wird? Lorbeerer wird sich die Reichsdruckerei anscheinend dabei doch nicht holen, abgesehen davon, was es schon an Versäumnis kostet, selbst wenn sie nicht verurteilt worden wäre.

Zum Tarifkampf in Rumänien.

Aus Klausenburg wird uns geschrieben, daß der Arbeitgeberverband für das rumänische Lithographie- und Steindruckgewerbe anzunehmen scheint, daß die Arbeitsbedingungen im Lithographiegewerbe erst im Laufe der Jahre, anläßlich der Tarifsetzung aufgestellt worden seien. Dies ist jedoch ein großer Irrtum, da sowohl die Facharbeiter, wie auch die Hilfsarbeiter dieses Gewerbes sich schon vor Jahren zu organisieren begannen und daran gingen, die Arbeitsverhältnisse durch betriebliche oder örtliche Übereinkünfte zu regeln. Im alten Rumänien haben die Lithographen und Steindrucker um den Tarif viele Kämpfe ausgefochten und haben bei jeder Gelegenheit die Arbeitsbedingungen für Gehilfen und Hilfsarbeiter in gleicher Weise zum Abschluß gebracht. Niemand ist in der Bewertung männlicher und weiblicher Arbeitskraft ein so großer Unterschied gemacht worden wie jetzt. In einzelnen Betrieben ist es jedoch nicht gelungen, alles nach Wunsch zu regeln. Dies ist ja nicht so sehr von Bedeutung wenn man bedenkt, daß der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen seit langen Jahren organisiert ist, trotz der offenkundigen Absicht und Bemühung der jetzigen Regierung, diese Organisation zu vernichten oder wenigstens den weiteren Ausbau derselben zu verhindern. Angesichts der jahrelangen ordnungsgemäßen Arbeitsverhältnisse mutete es recht eigenartig an, daß die Arbeitgeber plötzlich mit Anträgen hervortraten, nach denen zwischen männlicher und weiblicher Arbeit Unterschiede konstruiert werden und die weiblichen Kräfte vom Tarif und dessen Vorteile ausgeschlossen sein sollen. Diese rücksichtlichen Bestrebungen haben sich bisher nicht durchzusetzen vermocht. Vielleicht handelte es sich hier um ein Experiment, das man anderswo fortzusetzen gedenkt, dem entgegenzutreten wir aber bereit und auch stark genug sind. Mag sein, daß einzelne Arbeitgeber in einzelnen Betrieben mit dieser rückläufigen Bewegung gewisse Absichten verfolgen. Die Arbeiterschaft aber ist entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre einmal erkämpften Rechte zu schützen.

Wie schon mitgeteilt, stehen die rumänischen Steindrucker und Lithographen infolge Kündigung des alten Tarifes seitens der Arbeitgeber in neuen Tarifverhandlungen. Wie schon oben erwähnt, sind die weiblichen Hilfsarbeiter seitens der Arbeitgeber gänzlich aus dem Tarif gestrichen worden. In den jetzigen Verhandlungen werden die rumänischen Facharbeiter mit aller Energie verlangen, daß auch die weiblichen Kollegen wieder zu ihren Rechten kommen. Denn es wurde den Arbeiterinnen durch den Beschluß der Arbeitgeber nicht nur der feststehende Lohn, sondern auch das Recht auf Urlaubstage, auf Bezahlung der Feiertage und Überstundenvergütung aberkannt. Sie gingen auch des Anspruches der Teuerungszulage verlioren. Abgesehen davon, daß die Lithographen, Steindrucker und Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts es durch Jahre gewohnt waren, in geregelten Lohnverhältnissen zu leben, werden sie jetzt um so schärfer, in Anbetracht der um sich greifenden Geldentwertung in Rumänien, diesen alten Tarif erkämpfen und das, was ihnen zu steht, fordern. Denn schließlich kommt der Appetit während des Essens. Deshalb haben sie jetzt auch den Gehilfen unseres Gewerbes den Tarif gekündigt. Sie wollen den Kollegen nicht nur den Lohn kürzen, sondern auch die Feiertage, die in die Woche fallen, nicht mehr bezahlen. Sie wollen weiter den Lohn festsetzen nach dem Lohnmaximum des Buchdruckgewerbes. Dies ist insofern widerrechtlich, als im März bestimmt wurde, daß eine Lohnerhöhung eintreten muß, sofern der Index sich nicht senkt. Weiter sollen die Überstunden in dem Lohn, der jetzt festgelegt werden soll, enthalten sein. Ebenfalls soll der Urlaub gestrichen werden.

Diese Forderungen der Arbeitgeber wirken um so unerträglich, als auf der Seite der Unternehmer die Regierung steht und beide Hand in Hand gegen die Arbeiterschaft vorgehen, um diese in jeder Hinsicht um ihr Recht zu bringen. Die Kollegenschaft ist jedoch für eine friedliche tarifliche Regelung, was auch den Interessen des Gewerbes entspricht. Der Frieden kann indessen nur gewahrt werden, wenn die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung tragen und darauf verzichten, Verschlechterungen des Tarifes durchzusetzen.

Arbeitsfreudigkeit kann niemals durch Unterdrückung gesichert und gesteigert werden, sondern einzig und allein durch das richtige Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft und eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Achtung! Wichtig für Xylographen!

Der österreichische Xylographenverband fordert alle Kollegen im Reiche auf, bei Einreise bzw. Stellungannahme in Österreich, im eigenen Interesse vorher bei unterzeichneter Stelle unbedingt Erkundigungen über hiesige Berufsverhältnisse einzuholen.

Österreichischer Xylographen-Verband
Gehilfenbmann: Rudolf Pöblein, Wien VII, Seidengasse 39 A.

Das graphische Ferienheim.

„Auf nach Graal“, so lautet der Schlußsatz des letzten Aufsatzes, der der graphischen Arbeiterschaft das Ferienheim zur Erholung empfohlen hatte. Auch wir waren neugierig geworden, weil wir als Gesellschafter nunmehr nicht nur Interesse an dem Heim, sondern auch eine gewisse Verantwortung gegenüber den Verbandskollegen übernommen hatten. Mit dem günstigsten Zuge, der uns der Ostsee entgegenführte, erreichten wir die schöne Stadt Rostock, von wo uns dann die Kleinbahn über Rövershagen nach unserem Ziele brachte. Schon glaubten wir, allein unseren Weg nach dem Heim suchen zu müssen, als wir durch Umfrage entdeckten, daß der Hausdiener des Heims, der „Villa Maria“ (so nennt sich das Heim), am Bahnhof sei, uns mit dem Gepäck in Empfang zu nehmen. In 15 Minuten schattigen Laubwaldweges hatten wir das Heim erreicht und wurden schon durch den äußeren Eindruck, den das Haus „Villa Maria“ auf uns machte, angenehm überrascht. Nach freundlicher Begrüßung durch die Frau Oberin (die Leiterin des Heims) bezogen wir unsere Quartiere: Freundliche, vollständig in Weiß gehaltene Zimmer mit Veranden, die schon durch ihre saubere Einrichtung einladen, sich gemütlich zu machen, bewiesen, daß wir wahrscheinlich gut aufgehoben sein würden. Und so war es auch. Die Leiterin des Hauses, eine in allen häuslichen und hauswirtschaftlichen Beziehungen bewährte freundliche Dame, sondiert und erkennt schnell die Eigenheiten und Charaktere der Gäste. Das Heim „Villa Maria“ liegt an der Langestraße Nr. 19, der Hauptstraße des Badeortes, die sich dann bis zum Ende des Dorfes Graal und zum Bahnhof Graal-Müritz hinzieht. Von beiden Bahnhöfen Graal-Schwanenberg und Graal-Müritz hat man zum Badeort Graal gleich weit, etwa 1/4 Stunde guten Weges zu gehen. Der Waldweg von Graal-Schwanenberg aus ist angenehmer, des schönen Laubwaldes wegen. Wer aber gleich landschaftlichen Ausblick liebt, fahre bis Graal-Müritz. Vom Heim zum Strande sind kaum 5 Minuten zu gehen. Und zwar liegt zwischen den Badehotels und Pensionen und dem Strand ein schöner Mischwald, der den Badeort vor allzu stürmischen Winden schützt. Große schöne Strandleuchten mit sauberer Strandpromenade, die aber nichts der Luxusseebäder an sich hat, sind angelegt. Die ganze Aufmachung, auch im Orte selbst, ist nicht überschwenglich, aber sauber und haben alle Hotels und Pensionen und nicht zuletzt die vielen, besonders in der letzten Zeit entstandenen Erholungsheime Veranden nach allen Seiten, wodurch Licht, Luft und Sonne auch in den Heimen gute Heilwirkungen ausüben können. Der Badestrand ist geräumig genug, um vielen Tausenden Platz zum Baden und Ausbaden zu gewähren. Herrliche Spaziergänge in die dicht bis zum Strand gehenden Waldungen bieten mit dem ständigen Ausblick auf die See reiche Abwechslung. Von den nahen Städten Rostock und Warnemünde kommen Dampfer und Segelboote in großer Zahl, die besonders bei untergehender Sonne einen schönen Anblick bieten. Auch Lustfahrten zur See sind täglich möglich, dieselben sind auch jedem, der nicht so leicht seekrank wird, zu empfehlen. Wer die nötigen Mittel dazu hat, kann mit verhältnismäßig wenigen Kosten Dänemark besuchen. Also Abwechslung ist genug vorhanden. Was aber dem Badeort Graal seinen Reiz besonders gibt, ist die Möglichkeit, sich auch in die Einsamkeit und Ruhe zurückzuziehen, ohne daß man weit zu laufen braucht. An Bedarfsgegenständen ist am Ort alles zu haben. Und sollte

man bei wirklich schlechtem Wetter gezwungen sein, zu Hause zu bleiben, bieten die überall gedeckten Veranden und schließlich der Speisesaal die Möglichkeit, dort zu verbleiben. Daneben ist die Verpflegung außerordentlich reichlich und gut. Für etwa 60 Personen ist Unterkunft in gleichschönen Zimmern parterre, im ersten und zweiten Stock vorhanden. Außerdem ist die Möglichkeit gegeben, noch einige Notquartiere einzurichten. Sollte die Notwendigkeit und Mittel vorhanden sein, Erweiterung durch Anbau durchzuführen, ist ausreichend Gelände vorhanden. Vorläufig muß aber erst durch starken Besuch erwiesen werden, daß Bedürfnis für das Heim in größerem Maße vorhanden ist. Dann dürften sich auch vielleicht ein oder mehrere Strandkörbe und für geselligen Aufenthalt bei schlechtem Wetter im Speisesaal eine Radioanlage anschaffen lassen. Aber es scheint uns, als ob im Hause zuerst noch andere Dinge notwendiger sind, um der Frau Oberin die Arbeit zu erleichtern. Auch eine Warmbadeanstalt, fernere Herren-, Damen- und Familienbad und Sonnenbad ist am Orte. Die Kurtaxe, die sonst in Graal pro Person 10,— Mk. beträgt, ist für die Graphiker mit ihren Angehörigen ermäßigt worden; sie beträgt nur 7,50 Mk. und für die zweite Person 6,— Mk. Der Verkehr im Heim ist wirklich ein angenehmer und kollegialer. Leider hatten sich einige angemeldete Gäste durch ein wenig Regen abhalten lassen, zu kommen. Das darf nicht sein, denn die stets lebenswürdige Frau Oberin richtet sich vor allem darauf ein, den Gästen gleich bei Ankunft Atmung zu bieten, in der Annahme, daß die Reise hungrig gemacht hat. Auch Ordnung muß im Heim gehalten werden. Morgens 1/8 Uhr ertönt die Glocke zum Wecken. Um 8 Uhr gibt es Kaffee, um 1/10 Uhr zweites Frühstück, um 1 Uhr Mittag, um 3 1/2 Uhr wiederum Kaffee und um 1/7 Uhr Abendbrot. Wer sehr langsam ißt, kann beinahe den ganzen Tag essen. Abends um 10 Uhr wird das Haus geschlossen. Vom Mittagessen bis zum Kaffee muß im Hause Ruhe herrschen, damit die Gäste sich erholen können. Wenn die Heimbewohner einig sind und etwa mal Ausflüge machen wollen, richtet die rührige Frau Oberin das erste und zweite Frühstück zusammen und den Nachmittagskaffee gleich nach dem Mittagstisch an. Bei gegenseitigem Verständigen mitunter eine Erleichterung auch für das Hauspersonal.

So sind alle Vorbedingungen gegeben, sich körperlich und geistig von der Tagesarbeit zu erholen. Nur einfügen in den Kreis der Kollegenschaft, in der selbst bei kleineren Zirkeln der Humor schon oft durch die verschiedene Sprache und Landsmannschaft zu Worte kommt.

Der Pensionspreis (volle Verpflegung) beträgt für Erwachsene 4—5 Mk. (je nach Lage der Zimmer), Kinder von 10 bis 14 Jahren 3 Mk., von 6 bis 10 Jahren 2 Mk. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 Mk. Bettwäsche ist möglichst mitzubringen. Die Preise sind einschließlich Bedienungsgeld und Beleuchtung. Anfragen sind zu richten an „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“, Berlin, Oranienstr. 91. Den Zuschriften ist eine Bescheinigung über die Organisationszugehörigkeit und Rückporto beizufügen.

Wer also wirklich sich an der See von den Arbeitstrapazen erholen will, wende sich an die Geschäftsstelle und sichere sich für seine Ferien Platz in dem Heim und dann „Auf nach Graal“.

H. I.

Rundschau.

Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes

findet in der Zeit vom 4. bis 9. Juli in Saarbrücken statt. Am 4. Juli findet eine Kundgebung der Saarbergleute statt, wobei die Bergarbeitervertreter aus England, Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, aus Österreich, vielleicht auch aus Amerika sprechen werden. Außer geschäftlichen Fragen wird die Generalversammlung von Professor Dr. Sinzheimer einen Vortrag hören über Grundrechte und Grundpflichten aus Tarifverträgen, ferner solche über den Bergarbeiterschutz, über Erwerbslosenversicherung und Arbeitsnachweis.

Hohe Inlands-, niedrige Ausführpreise.

Ein bezeichnendes Merkmal für die Preispolitik der Schwerindustrie ist die durch Schutzzölle und Kartelle ermöglichte Hochhaltung der Preise im Inland gegenüber den Ausführpreisen. Wie hoch der Abstand zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen ist, dafür zeugt folgende von der Rohstoffgemeinschaft veröffentlichte Zusammenstellung der Inlandspreise und der Weltmarktpreise, die von ihr in der Ausfuhr sogar vielfach unterschritten werden. Es kosten in Reichsmark:

	Weltmarktpreis	Inlandspreis
Rohlböcke	90	104
Vorgewalzte Böcke	92	111,50
Knüppel	95	119
Platten	98	124
Patinen	98	134
Bleche	135	145

Feuilleton.

Nach hundert Jahren.

Ich hatte einen gar seltsamen Traum! Mir träumte, hundert Jahre wären vor mir, wie vor dem alten Bibeltage, gleich einem Tage gewesen; sie wären spurlos an mir vorübergegangen und plötzlich wäre ich wieder in der Welt. Ich ging oder besser, ich wankte durch die Straßen, die einen ganz fremdartigen Eindruck auf mich machten. Alles war verändert. Vor allem fiel mir die reine staubfreie Luft auf. Von einem Wagen- oder Autoverkehr war gar keine Rede mehr, dagegen war über mir in der Luft ein starkes Surren und Summen und viele riesengroße Vögel schwebten dahin. Man sah nur Spaziergänger in seltsamer Kleidung auf den Straßen. Mann und Weib war an der Kleidung gar nicht zu unterscheiden; doch sah ich viele Männer mit langen Haaren und Bärten, die Frauen waren alle kurz geschoren.

Ich kam mit einem der Spaziergänger bald ins Gespräch; freilich war es nicht leicht, daß wir uns verständigten, denn auch die Sprache war in den hundert Jahren ganz anders geworden, und es gab Ausdrücke, die ich in meinem ganzen bisherigen Leben noch nicht gehört hatte. Meine erste Frage war natürlich, wo denn der zu meiner Zeit so riesenhaft gewesene Verkehr hingekommen sei.

„Wir haben keinen Fahrverkehr mehr auf der Straße, das ist zu gefährlich. Unser Fahrverkehr ist nur über und unter der Erde. Unsere vielen Bahnen fahren alle auf besonderen Straßen unter der Erde, die Autos haben wieder besondere noch tiefer liegende unterirdische Straßen. Ich weiß aus der Geschichte, daß man früher Tiere zum Ziehen der Wagen verwendet haben soll; diese Tierquälerei ist selbstverständlich schon seit Menschengedenken abgeschafft. Weit stärker als der Fahrverkehr ist natürlicherweise der in der Luft, da er viel sicherer und manchmal auch schneller ist, zumal ja doch jedes Haus einen Auf- und Abstiegplatz haben muß. Jedes Fahrzeug, also jedes zur Weiterbeförderung von toten und lebenden Lasten dienende Mittel, unsere mit 300 Stundenkilometern dahinschwebenden Einschienenbahnen, die schwimmenden Großstädte auf dem Ozean, die riesigen Flugzeuge, alle Straßenbahnen, jedes Auto — sie alle haben Vorrichtungen zur Aufnahme von strahlender Energie aus der Atmosphäre, die sofort in bewegende Kraft in jeder Stärke umgesetzt werden kann. Damit haben wir große Wirtschaftlichkeit und Sicherheit erreicht, aber auch unseren Nasen und unseren Atmungsorganen eine rechte Wohltat erwiesen.“

Ich fragte, ob die Maschine sich weiter entwickelt hätte; vor hundert Jahren hätte man den Eindruck gehabt, als wenn dies der Fall wäre.

„Wir machen so ziemlich alles mit Maschinen“ war die Antwort. „Dadurch sparen wir viel Zeit und Arbeit und können unser Leben besser genießen.“

„Da sind sicher auch viele große Kraftwerke angelegt worden?“ fragte ich weiter. „Vor hundert Jahren schon begann man damit.“

„Kraftwerke in der Art, wie man sie vor hundert Jahren hatte, haben wir überhaupt nicht mehr. Wir verwenden ausschließlich nur noch strahlende Energie und die beziehen wir zum Teil aus der Atmosphäre, zum Teil aus der Sonne.“

„Dann ist man wohl auch über die Kohlenfrage gut hinweggekommen? Vor hundert Jahren haben sich Techniker und Gelehrte schon mit der Frage befaßt, was einmal sein würde, wenn die Kohlenvorräte der Erde zu Ende wären.“

„Ja“ sagte er, „ihr waret, wenn man euch nicht eure Unwissenheit zugute halten müßte, rechte Verbrecher, daß ihr die so wertvolle Kohle verbrannt habt. Ganz abgesehen, daß ihr sie nicht nach ihrem Werte ausnutzen konntet, habt ihr euch auch ganz unnützerweise recht viel Schmutz gemacht durch den Rauch und die ungesunden Ausdünstungen, durch den Staub und was dergleichen Dinge mehr sind. Kohlen werden von uns nur noch destilliert, damit alle ihre wertvollen Bestandteile erhalten bleiben. Unsere Kraftstationen sind verhältnismäßig sehr klein und dienen besonderen Zwecken. Sie sehen selber, daß wir fast ganz staubfrei leben;

das wäre nicht möglich, wenn wir Kohlen verbrennen würden.“

„Nun eine Frage: Vor hundert Jahren hatten wir so ein kleines technisches Wunder: den Radio, was ist denn daraus geworden?“

„Radio, Radio? Wie ist mir denn? Das kann doch nur unser Mädchen für alles sein, das wir schon seit langer Zeit haben, mit dem wir sprechen, schreiben, zeichnen, drucken, alle Nachrichten übermitteln, kurz alles tun, was unsern geistigen Verkehr darstellt. Ich weiß, ihr habt früher eure Briefe mit der Hand oder auch mit der Maschine geschrieben, aber das war eigentlich gar keine Maschine, denn das meiste mußte man ja doch mit der Hand dabei machen. Das ist heute anders; bei uns gibt es genug Leute, die eigentlich gar nicht schreiben können, d. h. sie sind keine sogenannten Analphabeten, sie haben alle lesen und schreiben gelernt, aber dadurch, daß kein Mensch mehr nötig hat, überhaupt noch mit der Hand zu schreiben, haben sie die Übung in dem Maße verloren, daß ihre Unbeholfenheit dem Nichtkönnen fast gleichkommt. Das ist aber durchaus kein Fehler. Unsere Schreibmaschinen setzen die gesprochenen Laute direkt in Zeichen um, ohne daß die Hand dabei etwas zu tun hat. Ich habe z. B. einen kleinwinzigen Apparat zu Hause, wie ihn übrigens jeder hat. Will ich einen Brief schreiben, so spreche ich ihn in eine Öffnung hinein. Das Einrücken geschieht durch einfaches Drücken auf eine Taste, dadurch wird auch gleichzeitig der Erreger ausgelöst, der das bischen Energie aus der Atmosphäre holt, das der Apparat braucht. Meine Zeitung, ich will einmal diesen Ausdruck wählen, trotzdem er eigentlich nicht ganz zutrifft, erhalte ich auch mit meinem kleinen Apparat, er wird dabei nur etwas anders eingestellt. Dann kann ich die allerneuesten Nachrichten entweder hören oder ich kann sie in vollkommen leserlicher Schrift erhalten, deren Art ich mir natürlich ganz nach Belieben auswählen kann, wie auch die Sprache, in der ich hören oder lesen will. Bedeutsame Ereignisse kann ich mir im Bilde vorführen lassen, der Apparat zeigt dies durch ein kleines Zeichen an, wenn eine Begebenheit illustriert ist. Das Bild erscheint auf einer hinter dem Apparat befindlichen Wand in voller Naturwahrheit in allen richtigen Farben. Der Apparat dient mir in gleicher Weise auch, wenn ich mit einem entfernt wohnenden Freunde sprechen will. Auch den entfernten Freund kann ich ganz nach Belieben sehen und natürlich er auch mich. Ich kann mir damit auch irgend eine Theater- oder Opernvorstellung in jedem beliebigen Lande auf der Erde zu jeder Tages- oder Nachtzeit anhören und ansehen; denn irgendwo auf der Erde wird zu jeder Zeit gemittelt. So ungefähr sieht das Ding jetzt aus, das ihr seinerzeit Radio genannt habt!“

Ich war platt und konnte zuerst nicht antworten.

Dann aber sagte ich: „Wenn die Übermittlung von Nachrichten in dieser einfachen Weise vor sich geht, dann ist wohl der Druck von Zeitungen auch ganz überflüssig geworden?“

„Zeitungen, die dem täglichen Nachrichtendienst genügen, drucken wir keine mehr, aber sonstige Zeitschriften aller Art gibt es noch zu Genüge, auch Bücher in großer Menge werden hergestellt. Es geht doch mancherlei über unsere Weltbühne, es wird so mancherlei entdeckt mit unseren immerhin nicht mehr so unvollkommenen Instrumenten und unserem doch einigermaßen fortgeschrittenem Wissen, daß es sich lohnt, es für die Nachwelt aufzubewahren.“

„Hat man denn auch im Druckwesen andere und bessere Verfahren eronnen, als es früher der Fall war?“ fragte ich weiter.

„Darauf zu antworten, ist außerordentlich schwer. Ich bin mit den früheren Druckverfahren sehr wenig vertraut. Was man heute macht, hat mit den früheren Verfahren eigentlich nur noch den Namen gemeinsam, den man aus Tradition oder wenn Sie wollen, aus Pietät, beibehalten hat. Denn drucken, wie es früher geschah, das ist auch ein längst überwundener Standpunkt. Wenn Schrift vervielfältigt werden soll, so wird die Folie dazu in ähnlicher Weise hergestellt, wie ich es beim Briefeschreiben schon geschildert habe und zwar auf einem besonderen Metall. Diese Form, so wollen wir es einmal nennen, wird mit strahlender Energie beschickt

und mit dem Papier — das ist immer noch unser Stoff für die meisten graphischen Verfahren — in Berührung gebracht und schon ist der Abzug fertig — Wenn es sich um Bilder handelt, so machen wir es ganz ähnlich wie früher, d. h. wir benutzen das Licht. Während ihr aber bei euren Formen noch allerhand umständliche Prozesse vornehmen müßtet, fällt das jetzt ganz fort. Wir benutzen zu einer solchen Aufnahme auch eine Metallfolie, die mit einer ganz bestimmten Art Strahlen beschickt und mit einer besonderen Sorte Papier in Kontakt gebracht, das Bild auf ihm in allen natürlichen Farben erscheinen läßt. Ob Naturobjekte oder irgend welche anderen Dinge dabei zur Reproduktion gewählt werden, bleibt sich ganz gleich. Die Sache ist gar keine Hexerei und geht sehr schnell vor sich, sowohl die Herstellung der Form, als auch die Vervielfältigung. Wir haben doch schon längst gelernt, jedes beliebige Spiegelbild ganz sicher festzuhalten, also warum sollte denn das doch viel weniger schwieriger nicht gelingen?“

Wir gingen gerade an einem Laden vorbei, in welchem Kunstgegenstände, namentlich sehr schöne Bilder ausgestellt waren.

„Da sehen Sie“ sagte er, „von diesen Bildern kann man tausende in einer Stunde herstellen, und die Plattenherstellung dauert vielleicht einige Minuten.“

„In allen Farben?“ fragte ich, der ich vor Staunen die Sache doch noch nicht recht begriffen hatte.

„Wie denn, Sie meinen Farben; ach so, sie sind noch nicht recht im Bilde, wie ich sehe. Farben brauchen wir ja überhaupt nicht mehr; alle Bildherstellung beruht auf einem Strahlungsvorgang, wie so viele Dinge in unseren jetzigen Leben. Die soeben von mir erwähnte Vervielfältigung von farbigen Kunstwerken stammt übrigens als Erfindung gar nicht von uns Erdenbewohnern; wir haben sie von unseren nächsten kosmischen Nachbarn, den Marsbewohnern, übernommen!“ — Da erwachte ich.

Vom Büchertisch.

Die neuen Arbeitsgerichte. Von P. Wölblich. Verlag Städtische Druckerei Berlin-Neukölln, Berliner Str. 64. Preis 50 Pf.

Die kleine Schrift ist das Ergebnis eines Vortrages, der vor etwa 500 Arbeiter- und Arbeitnehmervertretern des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gehalten und mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der bekannte Arbeitsrechtler, Obermagistratsrat Wölblich, behandelt in ihr in ebenso knapper wie gründlicher Form eine Reihe der wichtigsten Fragen des dem Reichstage vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes. Bei der noch ungeklärten Stellung der Parteien und der Öffentlichkeit zu der Einleitung des Entwurfs ist diese Kritik eines der erfahrensten Praktiker auf diesem Gebiet von größter Bedeutung und geeignet, auf wesentliche Schwächen und Lücken aufmerksam zu machen.

Glück und Tragik der Vererbung. Von E. Mühlbach. 3. Buchheftgabe des II. Jahrganges der „Urania“-Monatsshefte. Urania-Verlags-G. m. b. H., Jena.

Der Schriftleiter der „Urania“ stellt in diesem nach neuzeitlichem Geschmack ausgestatteten Büchlein die Vererbung als das Beherrschende im Entwicklungsprozess des organischen Lebens dar. Naturngemäß mußte er sich im Rahmen einer weiteren Kreise zur gänglichen Schilderung auf die wichtigsten grundlegenden Tatsachen des umfangreichen Stoffgebietes beschränken; er gibt also ein „Ein-mal-Eins der Vererbungslehre“, in dem er zuerst eine Darstellung der Mendelschen Regeln in leichtverständlicher Weise darbietet, dann die Träger der Erbanlagen und im Kapitel „Variationen — Mutationen“ die Bedeutung der Veränderung für die Entwicklung anschaulich schildert und schließlich die Vererbung von Eigenschaften körperlicher und seelischer Art in zahlreichen Beispielen bei Menschen behandelt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeigt er aber auch, wie eng die biologischen Tatsachen mit den sozialen Verhältnissen der in Betracht kommenden Menschen verknüpft sind. Für Mühlbach ist der einzelne, auch vom Standpunkte der Vererbungslehre, ein Träger sozialer Funktionen. Und die Vererbungslehre selbst wird eine Hilfswissenschaft, die uns zeigt, wie wir Menschen und Umwelt in manchen Einzelheiten verändern können, indem wir mit größerer Aussicht auf Erfolg aus der Tragik des kapitalistischen Zeitalters zu befreien und dem Glücke des Sozialismus entgegenzuführen.

Bekanntmachung.

Trotz aller Bemühungen der Ortsverwaltungen und des Tarifamtes für Chemigraphen, haben nachstehende Firmen es abgelehnt, den Tarif für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker anzuerkennen. Sie werden deshalb für den Neueintritt von Gehilfen gesperrt. Es handelt sich um die Firmen:

- C. Wittstock, Leipzig,
 - W. G. Korn, Breslau,
 - Hamburger Fremdenblatt, Hamburg,
 - Hannoverscher Kurier, Hannover.
- Der Verbandsvorstand.

Zinkdruckplatten

Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Mess G. m. b. H., Berlin SO 35, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor 89212

Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:
Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Wert der Holzschneitten — Strichätzungen — Autotypen — Galvanos und Stereotypen. — Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Praktische Maßangaben. — Die Wirkung illustrierter Inserate. — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Positiv-Retusche. — Farben-Klischees. — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und des mehr! Preis 2,80 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditz-Liepsitz, Augustastrasse 8.

Achtung! Karlsruhe!

Adressenänderung: K. Simon, Auskunfts-erhalter und Vorsitzender.
Karlsruhe-Mühlburg, Philippstr. 18, 11.

Fachliteratur!

Der Werdegang des Offsetdruckes.
Preis inkl. Nachnahme 4.05 RM.
Plakate. Originalentwürfe v. H. Neumann.
Preis inkl. Nachnahme 10.50 RM.
Zu frohen Festen von P. Barthel
Preis inkl. Nachnahme 1.— RM.
Zu beziehen durch
Conrad Müller, Schkeuditz-Liepsitz.